

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Nr.32

SEPTEMBER 1978

60Pfg

TRÜBE AUSSICHTEN IM RUHRGEBIET

Seit Ende 1974 schwankt die offizielle Arbeitslosenzahl um die Million. Die wirkliche Arbeitslosenzahl liegt jedoch wesentlich höher.

Im Ruhrgebiet ist schon seit Jahren eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, und jetzt auch ein schnelleres Anwachsen als im Bundesdurchschnitt. Die Aussichten sind trübe. "Ich wäre froh, wenn die durchschnittliche Arbeitslosenzahl in den nächsten zwölf Monaten nicht weiter ansteigen würde", meint, offensichtlich resignierend, Präsident Neumann vom Landesarbeitsamt NRW.

In den großen Ruhrgebietsmetropolen Duisburg, Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum und Essen liegt die Arbeitslosenrate zwischen 6,5 und 7,8 Prozent.

Im Gegensatz dazu lag die Arbeitslosigkeit im Juli im Landesdurchschnitt von NRW bei 5,1%, im Bundesdurchschnitt "nur" bei 4,1%.

42 Prozent aller Erwerbslosen in NRW leben im "Kohlenpott"!

Der rasante Arbeitsplatzabbau der letzten Jahre im Eisen-, Stahl-, Bergbau- und Energiebereich hat sich verheerend auf die Situation an der Ruhr ausgewirkt. Und die Hoffnungen auf eine Besserung sind dabei nicht gerechtfertigt.

Bereits mehr als ein Viertel der Arbeitslosen sind gesundheitlich nicht mehr voll erwerbsfähig. Sie müssen wohl froh sein, wenn sie irgendeinen lumpigen Job für 5 DM Stundenlohn bekommen.

Aber nicht nur die oftmals in jahrelanger Arbeit gesundheitlich zugrundegegangenen Kollegen stehen ohne Zukunftsaussichten da. Auch die Jugend im Ruhrgebiet hat wenig Grund zur Freude. Im Juli waren offiziell 26 500 Jugendliche unter 20 Jahren als arbeitslos gemeldet, dies sind 19% mehr als im Vorjahr! Es ist also noch schwieriger geworden, nach der Schule eine Lehrstelle zu finden. Hoffnung auf Verbesserung besteht nicht.

Der Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit spricht von einem Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit im Juli um 28%. Dabei sind Tausende Jugendlicher in der Statistik nicht erfasst: Sie sind in Lehrgängen oder Berufsgrundbildungsjahren untergebracht. Zehntausende gehen gar nicht erst zum Arbeitsamt, haben ohnehin als Schulabgänger keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und leben noch von ihren Eltern, für die so eine noch größere finanzielle Belastung entsteht. ■

DIE ARBEITSZEIT SENKEN OHNE LOHNVERLUST! UND ARBEITSHETZE!

Auch in den vergangenen Sommermonaten sind die Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern verschärft weitergegangen.

Nachdem im Winter die Hafnarbeiter zum erstenmal seit 28 Jahren, die Drucker und Setzer zum zweiten Mal innerhalb von weniger als 2 Jahren und die Metaller in Baden-Württemberg zum wiederholten Male seit 1970 in den Streik getreten waren, sind es in letzter Zeit vor allem die Berliner Bauarbeiter und die nordrhein-westfälischen Bierbrauer gewesen, die im Brennpunkt des Interesses der aktiven Gewerkschafter standen. Aber auch sonst mußten sich landauf landab Kollegen gegen Lohn- und Arbeitsplatzabbau und Arbeitshetze zur Wehr setzen.

In West-Berlin legten Zehntausende von Bauarbeitern 14 Tage lang die Arbeit nieder, um soziale Verbesserungen durchzusetzen. Es war dies der erste Arbeitskampf im Berliner Baugewerbe seit 22 Jahren. Die Kollegen erreichten in ihrem Kampf um eine Angleichung des Berliner Tarifvertrags an die bundesweit gültige Regelung eine garantierte Wegekostenpauschale von drei Mark pro Arbeitstag. 47% stimmten bei der Urabstimmung dem Kompromiß zu.

In zahlreichen anderen Betrieben werden Arbeiter von Unsicherheit und Angst um den Arbeitsplatz geplagt. 150 Beschäftigte der Krupp-Gießerei Essen legten Mitte August für eine halbe Stunde die Arbeit nieder und forderten von der Unternehmensleitung Auskunft über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. 75 Müllmänner der Stadt Duisburg setzten sich mit einem Warnstreik gegen akute personelle Unterbesetzung zur Wehr. Bei den Michelin Reifenwerken in Karlsruhe sahen sich die Kollegen gezwungen, zum Mittel der spontanen Arbeitsniederlegung zu greifen, um den ständig steigenden Leistungsdruck und weitere soziale Verschlechterungen abzuwehren.

BIERBRAUER

In der nordrhein-westfälischen Brauwirtschaft wurde von den in der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten organisierten Kollegen ein erster Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und andere konkrete Verbesserungen und Vergütungen geführt. Die Kollegen hatten in der Urabstimmung und in zahlreichen Warnstreiks ihre Kampfbe-



reitschaft deutlich gemacht. Unter diesem Druck mußten die Brauereibesitzer dann auch eine stufenweise Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit bis hin zu 32 Stunden für Arbeiter ab 60 Jahren zugestehen. Doch die Arbeitgeberverbände machten nicht mit und zwangen den Brauereiverband, in neuen Verhandlungen die Errungenschaften für die Arbeiter wieder abzubauen. Am Schluß machte die Gewerkschaftsführung in einer zentralen Frage einen Rückzieher: Sie verzichtete auf eine Herabsetzung der Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden. Über 60-jährige werden zukünftig 28 zusätzliche bezahlte Tage Freizeit bekommen, jedoch gilt dies nicht für Brauereien unter 25 000 Hektoliter Ausstoß und Handelsmälzereien! Damit haben die Unternehmer vorerst verhindern können, daß in einem Industriebereich ein erster Schritt in Richtung allgemeine 35-Stunden-Woche vollzogen wurde. Denn sie hatten nicht ohne Grund befürchten müssen, daß sonst der Damm an einer schwachen Stelle brechen und eine Flut von Forderungen und gesteigerter gewerkschaftlicher Kampfkraft über die Industrie hereinbrechen würde. An Kampfbereitschaft der Arbeiter hat es nicht gefehlt: Sie hatten deutlich gemacht, daß sie es ernst meinen und zum Streik bereit sind, wenn anders die Forderungen nicht zu erfüllen sind. Wen die volle Kampfkraft der Mitgliedschaft in die Waagschale geworfen worden wäre, dann wäre sicher ein besseres Ergebnis zustande gekommen.

Als der erste Entwurf eines Tarifvertrags für das Brauereigewerbe bekannt wurde, entsetzte sich die Frankfurter Allgemeine (28. 8. 78) darüber lautstark: "Wenn nun gar dieser unter Streikdrohung erzwungene Ab-

schluß Schule machen sollte, ist größeres Unheil zu befürchten." Gleichzeitig aber warnte dieses Unternehmerblatt die Arbeiterbewegung vor ähnlichen "Übertreibungen"(!): "Alle Übertreibungen werden letzten Endes die Arbeitnehmer selbst bezahlen müssen." Der Unternehmensvorstand Nahrung und Genuß ließ frühzeitig die Katze aus dem Sack: Bei einer Arbeitszeitverkürzung für Ältere müßten eben die jüngeren Arbeiter Überstunden und andere Mehrarbeit leisten, so hieß es. Mit anderen Worten: Ältere und jün-

gere Arbeiter sollen gegeneinander ausgespielt werden! Die Gewerkschaftsbewegung muß diese Warnsignale verstehen und darauf reagieren.

Die Unternehmer werden mit tausend Tricks versuchen, einen unter Druck zugestandenen Lohnausgleich auf andere Weise wieder für sich reinzuholen. Eine 35-Stunden-Woche, in der die Arbeit von bisher 40 Stunden zusammengedrückt wird, ist unannehmbar.

Eine echte Arbeitszeitverkürzung muß Hand in Hand gehen mit einer spürbaren Arbeitserleichterung, mit verbesserten Arbeitsbedingungen. Wir müssen uns ein menschenwürdiges Leben erkämpfen. Der Kampf um die allgemeine 35-Stunden-Woche darf nicht isoliert geführt werden: Endgültig abgesichert werden können solche zentralen Errungenschaften erst dann, wenn die Arbeiterbewegung nicht nur etwas "mitbestimmen" darf, sondern wenn sie voll und ganz in allen Lebensbereichen das Sagen hat. ■

ARTIKEL ÜBER

Wahl in Hessen.....	S. 2
Sozialistengesetz.....	S. 3
Drohende Diktatur in Sri Lanka.....	S. 4+5
Chile.....	S. 6
Schichtarbeit.....	S. 7
Die "Grünen".....	S. 8

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie
überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen
H. G. Öfinger Nr. 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans - Gerd Öfinger

Druck: Gegendruck, Essen

Ehe es zu spät ist

Als vor vier Jahren die Arbeitslosigkeit unaufhörlich anstieg und Ende 1974 die Millionengrenze erreicht hatte, wollte man uns Lohnverzicht schmackhaft machen mit der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zur "Vollbeschäftigung". Doch inzwischen kommt niemand umhin, die Illusionen von damals über Bord zu werfen.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, und wenn in 1,2 Jahren die nächste Weltwirtschaftskrise über die Bundesrepublik hereinbrechen wird, dann werden die 80er Jahre im Zeichen verheerender Massenarbeitslosigkeit stehen. Millionen von Arbeitern und Angestellten samt Familien werden eine drastische Kürzung im Lebensstandard hinnehmen müssen, Familien werden daran zerbrechen, Jugendliche werden nach der Schulentlassung den "Ernst des Lebens" als Schrecken ohne Ende kennenlernen.

Doch die Arbeitslosigkeit ist nicht nur vom menschlichen Standpunkt aus ein unglaublicher Irrsinn. Millionen Menschen werden da zum Nichtstun gezwungen, Menschen, deren Arbeitskraft dazu beitragen könnte, dringend benötigte Güter zu produzieren oder bessere soziale Dienste anzubieten.

Dies bedeutet natürlich auch, daß die Steuereinnahmen des Staates entsprechend zurückgehen und so das Geld für dringliche Reformen fehlt. Obendrein muß der Staat aber noch das erzwungene Nichtstun in Form von Arbeitslosengeldern und Sozialhilfe finanzieren.

Wer dies alles bedenkt, der kann sehr schnell ausrechnen, daß die Arbeitslosigkeit schon unter den gegenwärtigen Bedingungen jährlich die Allgemeinheit zig Milliarden DM kostet.

Unsere Großväter und Väter werden sich vielleicht noch an die frühen 30er Jahre erinnern können. Damals waren in Deutschland 6 Millionen Menschen arbeitslos. Hunger, Demoralisierung und Verzweiflung waren die Folgen. Und wenn wir heute nichts unternehmen, dann droht uns in wenigen Jahren wieder dieselbe Misere. Laßt uns mit aller Kraft jeden vorhandenen Arbeitsplatz verteidigen.

Selbst wenn kein Kollege direkt entlassen wird, gilt es, jeden frei werdenden Arbeitsplatz wieder neu zu besetzen. Denn sonst wird die junge Generation auf der Straße sitzenbleiben und das Nachsehen haben.

Jeder Arbeiter braucht einen garantierten Arbeitsplatz, jeder Schulabgänger braucht einen festen Ausbildungsplatz.

Wenn im Betrieb rationalisiert wird, darf dadurch kein einziger Arbeitsplatz verloren gehen. Unsere Antwort muß lauten: Teilt die vorhandene Arbeit auf alle auf und senkt die Arbeitszeit, ohne Lohnverlust natürlich!

Laßt uns vereint kämpfen für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Für die Herabsetzung der Lebensarbeitszeit durch Senkung des Rentenalters und Einführung eines zehnten Pflichtschuljahres. Für die Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch Einführung einer Mindesturlaubszeit von 6 Wochen für alle. Für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit durch Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
FÜR EINE DEMOKRATISCHE SOZIALISTISCHE PLANWIRTSCHAFT.

HESSISCHE LANDTAGSWAHL:

VERHINDERT EINE CDU-REGIERUNG!

Bei der hessischen Landtagswahl am 8. Oktober tritt als Hauptgegner der um den Erhalt der Regierungsmacht kämpfenden SPD Alfred Dregger CDU an, daneben noch verschiedene Grüne Listen.

Wer ist der Mann, der am 8. Oktober Holger Börner als Ministerpräsident ablösen will? Sein Lebenslauf läßt erkennen, daß die arbeitende Bevölkerung es bei Dregger mit einem der reaktionärsten CDU-Politiker, einem direkten Vertreter des Großkapitals zu tun hat, von dem nichts Gutes für die Arbeiter und Angestellten zu erwarten ist.

Dregger

Dregger wurde nach seiner Dienstzeit als Hauptmann in Hitlers Armee und nach seinem Studium Referent des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Gustav Stein, der NSDAP-Mitglied von 1933 bis 1945 gewesen war. Als Vertrauensmann des Kapitals wurde Dregger Oberbürgermeister von Fulda und Präsident des Deutschen Städtetages. 1967 übernahm er den hessischen CDU-Landesverband. Dregger fühlt sich auch ganz besonders dem CSU-Vorsitzenden Strauß verbunden. Und deren beiden Sympathien für reaktionäre Mördersbanden sind bekannt. Strauß in Chile zum Banditen Pinochet: "Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Chile erhalten bleibt..."

Dregger im Iran zum Arbeitermörder Schah Reza Pahlewi: "Wenn Sie von der vereinigten Linken der Welt kritisiert werden, dann ist dies eine Bestätigung für Ihre Politik." Dregger in Südafrika: "Wenn ich Bure wäre, würde ich mich auf die Festung zurückziehen und um mich schießen."

Vielleicht würde Herr Dregger gerne diese Wildwest-Methoden auch in Hessen bei Streiks einführen?

Arbeiter haben nichts zu erwarten

Seit den hessischen Kommunalwahlen im März 1977, in denen die CDU entscheidende Gewinne gerade in den Städten verbuchen konnte, betreibt diese Partei einen rigorosen Sozialabbau. Im Wahlkampf hatte sie zu sparen versprochen. Diese Sparsamkeit bezog sich aber nicht auf die eigenen Privilegien: Diätenerhöhungen in Frankfurt, Erhöhung der Zahl der hauptamtlichen Stadträte in Langen, Erhöhung der Gelder der Volksvertreter im Offenbacher Kreistag usw. Andererseits bewies sie wahre Sparsamkeit, wo es um die Belange der arbeitenden Bevölkerung geht. Durch ein umfangreiches Privatisierungsprogramm wollte die CDU auf Kosten der betroffenen Bevölkerung sparen bei Gebäudereinigung, Schulbusverkehr, öffentlicher Nahverkehr, Freizeitzentren, Müllabfuhr, Hafenbetriebe usw. Die entsprechende Antwort müssen ihr jetzt die Gewerkschaften, allen voran die ÖTV, erteilen.

Daß die CDU nicht beabsichtigt, von ihrer konzernfreundlichen Politik nach der Wahl abzugehen, zeigt ihr Regierungsprogramm: Sie tritt ein für eine "Wirtschaftspolitik des Vertrauens"... Die Arbeiter sollen den Kapitalisten vertrauen? Die Unternehmer haben dieses Vertrauen aber nicht verdient. Vertrauen schafft keinen einzigen Arbeitsplatz, im Gegenteil!

"Keine weiteren Steuer- und Abgabenerhöhungen, neue Arbeitsplätze, mehr Investitionen...", heißt es in diesem Programm. Hier feiert die alte Lüge fröhlich Wiederauferstehung, daß Lohnverzicht über höhere Profite Arbeitsplätze schafft. Lohnverzicht und Steuersenkungen für Unternehmer schaf-



fen ebenso wenig neue Arbeitsplätze wie Subventionen. Dies haben die Rationalisierungen der letzten Jahre bewiesen!

Die Arbeiterklasse in Hessen hat von Dreggers CDU keine Verbesserungen zu erwarten. **KEIN ARBEITER KANN ES SICH LEISTEN, CDU ZU WÄHLEN.**

Die Probleme

Wie alle Reaktionäre, so knüpft auch Dregger an tatsächlich vorhandene Mißstände an und versucht, sie für seine arbeitnehmerfeindlichen Absichten auszuschlachten.

So ist auch Hessen keine Insel der Vollbeschäftigung inmitten eines Meers von Arbeitslosigkeit. Nach Angaben des DGB suchen in diesem Jahr über 52.000 Schulabgänger einen Ausbildungsplatz, 1977 sind aber nur rund 45.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. 5.000 bis 7.000 Schulabgänger sind 1977 ohne Ausbildungsplatz geblieben. Die Unternehmer erhöhen kaum die Zahl der Ausbildungsplätze. Diese Lage wird sich in den nächsten Jahren verschärfen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in die Berufsausbildung strömen. In Nordhessen müssen nach Beendigung ihrer Ausbildung viele Jugendliche in die Ballungsgebiete auswandern, um dort Arbeit zu finden.

Auch Hessen hat große Umweltprobleme. In Biblis steht das größte Kernkraftwerk der Welt direkt in einer Flugschneise für Militärflugzeuge. In Borken plant das Energieunternehmen PREAG ein Zwischenlager für Brennelemente oder ein Kernkraftwerk. **Fortsetzung letzte Seite**

⚡⚡ Kampffonds ⚡⚡

Leichter Anstieg - aber es reicht noch nicht!

Einen leichten Anstieg konnte unser Kampffonds in diesen ersten Wochen nach der allgemeinen Sommerpause verzeichnen. Erfreulich vor allem, daß sich auch südlich der "Weißwurstgrenze" wieder mehr getan hat. Im einzelnen sehen die Einnahmen der letzten Wochen bis Ende August wie folgt aus:

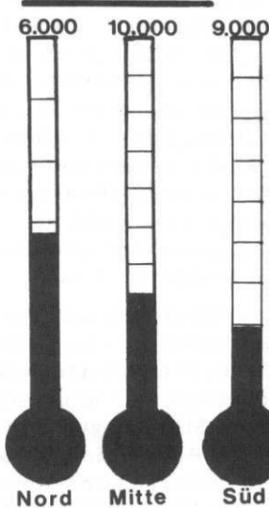
NORD	MITTE	SÜD
192,46 DM	451,74 DM	224,78 DM

Eine gute Idee kam diesmal aus dem Süden, wo einige Genossen ihr aus dem Urlaub mitgebrachtes Restgelt in ausländischer Währung dem Kampffonds übermitteln haben.

Zwei Blutspenden zugunsten des VORAN-Kampffonds brachten insgesamt einen Erlös von 90,-DM.

T. Mosten, SPD-Mitglied, der wegen eines kritischen Artikels in VORAN über die Politik Helmut Schmidts mit einem Parteiaus-schluß bedroht wurde, spendete uns jetzt den Betrag von 8,39 DM, den ihm die Partei nach Niederschlagung dieses Verfahrens für seine Auslagen erstattete.

ZIEL FÜR 1978



briefe

LESER

Ihr Artikel über die Bundesbahn spricht mir als betroffenem Bundesbahnbeamten aus dem Herzen. Es ist schon ziemlich schizophren: Da arbeiten die Regierungsparteien verzweifelt an Programmen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und unterstützen die Unternehmen planlos durch Steuergeschenke in der Hoffnung, diese Unternehmer mögen doch bitte auf einen Teil Ihres Profites verzichten und neue Arbeitsplätze schaffen. Währenddessen werden in dem staatlichen Unternehmen Bundesbahn jährlich Tausende Arbeitsplätze wegrationalisiert. Der Staat als Vorbild

für die Unternehmer. Die Bundesbahn darf als Staatsbetrieb nicht nach rein unternehmerischen Gesichtspunkten geführt werden, sondern mindestens ebenso unter sozialen Aspekten. Die Bundesbahn ist für Millionen sozial Schwacher, Arbeiter, Schüler und Rentner die einzige Möglichkeit, aus ihren vier Wänden herauszukommen, sei es zur Arbeit, zur Schule oder in den Urlaub. Statt Strecken stillzulegen, sollten die vorhandenen Strecken ausgebaut (modernisiert) werden, statt große Regionen vom Fernverkehr auszuschließen, sollte das Angebot erweitert und verbessert werden. Statt jedem Dorf einen Autobahnanschluß zu ermöglichen, sollte der Bundesbahn die Möglichkeit

gegeben werden, die Leute dahin zu befördern, wo sie hinwollen. Immer mehr Straßen verschandeln unsere Landschaft, zerstören Natur und Wohnqualität. Der Raumbedarf einer Bahnlinie ist viel geringer als der einer Autobahn. Die Bahn fährt umweltfreundlicher und energiesparender. Alles spricht für die Bahn, nur eines nicht: Das Profitstreben der Autoindustrie und einer einseitig auf dieser Industrie aufgebauten Wirtschaft.

Dabei kommt der Profit, den die Autoindustrie erwirtschaftet, nur wenigen zugute, nicht aber der arbeitenden Bevölkerung. Wir müssen mit unseren Steuern die Straßen bauen und für die Folgekosten (z. B. Unfalltote und-verletzte) auf-

kommen. Die Milliarden-summen übersteigen um ein Vielfaches das Defizit der Bahn. Ich unterstütze die in dem Artikel aufgeführten Forderungen und möchte sie noch erweitern: Verstaatlichung der Autoindustrie, damit der Staat (wir!) endlich frei von den den Repräsentationen dieses Industriezweiges eine Verkehrspolitik betreiben kann, die dem Wohl des ganzen arbeitenden Volkes dient und nicht nur wenigen. ■

ERNST SCHOLZ
Mitglied der GdED
Fröndenberg

Es scheint, das besonders die aktiven VORAN-Verkäufer beim Spendensammeln manchmal etwas zu zaghaft sind. Jeder Leser, der VORAN regelmäßig kauft ist auch potentiell zu einer Spende bereit. Doch er muß manchmal eben doch darauf angesprochen und gefragt werden.

Wegen der schlechten Einnahmen im Sommer haben wir bereits die Modernisierung der Redaktionsräume verschoben. Aber neue Geräte werden dringend benötigt.

Jedem Kollegen und Gewerkschafter, der die Artikel in unserer Zeitung zu Fragen der Arbeiterbewegung liest, ist sicherlich eines klar:

- 1) VORAN bezieht eindeutig Stellung für die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten.
- 2) VORAN schreckt auch nicht vor Kritik an der Politik der Führung von Gewerkschaften und SPD zurück, wenn dies für notwendig gehalten wird.

Deshalb ist klar: wir werden von nirgendwoher unterstützt, wir können unsere Existenz nur dann fortsetzen, wenn unsere Leser uns dabei helfen. Nicht nur, indem sie VORAN kaufen, sondern auch vor allem durch Spenden!

SPENDENKONTO:

Angela Bankert, Postscheckamt Essen
2422 - 50 - 432

1878: SOZIALISTENGESETZ GEGEN DIE SPD

Genau 100 Jahre sind seit der Verabschiedung des Bismarck'schen Sozialistengesetzes im Reichstag vergangen. Die breite Verfolgung aktiver Gewerkschafter und Sozialisten in den darauf folgenden 12 Jahren war keine einmalige Episode in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Denn seit eh und je haben die Kapitalisten und ihre Helfershelfer im Staatsapparat mit ihren Maßnahmen eines im Sinn gehabt: Schwächung, Spaltung, Lähmung und Demoralisierung der organisierten Arbeiterbewegung.

Diese Tradition fing in Deutschland nicht einmal mit den Sozialistengesetzen an, sondern bereits mit der Umwandlung Deutschlands Anfang des letzten Jahrhunderts von einer überwiegend aus Kleinbauern und Handwerkern bestehenden Gesellschaft in eine frühkapitalistische Industriegesellschaft. Die notleidenden, ländlichen Bevölkerungsschichten zogen in die Städte und die Bevölkerung nahm stark zu. Der Übergang von handwerklicher zu kapitalistischer Produktion erzeugte die ersten Industriearbeiter ... und gerade diese ersten Schichten der neuen Arbeiterklasse litten unter Bedingungen der brutalsten Ausbeutung wie etwa 16-Std-Tag, 10-Std-Tag für Kinder und Jugendliche über 9 Jahre. Es gab keinen Arbeits- oder Versicherungsschutz, keine Sterbe- oder Krankenkasse und das bei Löhnen, von denen man sich kaum ernähren konnte.

Diese Umstände zwangen die Arbeiter sehr bald, sich zusammenzuschließen, um sich vor dieser neuen Art Unterdrückung zu schützen. Dies führte zu den ersten blutigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital. Während der Revolution 1848/49 entstanden die ersten Handwerker- oder Arbeitervereine, die das Ziel hatten, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu verbessern und für bestimmte wirtschaftliche sowie politische Reformen kämpften. Gleichzeitig setzten sie ihre Hoffnungen auf gewisse liberale Abgeordnete, die für das allgemeine Wahlrecht eintraten. Aber die aufständischen Arbeiter wurden rücksichtslos erschossen und ihre bürgerlich-liberalen Vertreter im Parlament ebenfalls zum Schweigen verurteilt. Daraufhin wurde ein Verbot aller mit der Arbeiterbewegung in Verbindung stehenden Vereine für weitere 15 Jahre verhängt.

Wegen der (für die Unternehmer) günstigen Bedingungen der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der Arbeiter, wuchs die Industrieproduktion schnell an und der Kapitalismus erlebte in den '50er und '60er Jahren einen mächtigen Aufschwung. In diese Jahrzehnte fällt die Gründung von Lassalles Allgemeinen Deutschen

Arbeiterverein in Leipzig 1863 sowie Bebels und Liebknechts sozialdemokratischer Arbeiterpartei in Eisenach 1869. Die verstärkte Aktivität in der Arbeiterbewegung kam auch zum Ausdruck in der größten Streikwelle, die es in der Geschichte der jungen Arbeiterbewegung je gegeben hat: sie wurde anlässlich der Pariser Kommune 1870-71 und plötzlicher Preiserhöhungen ausgelöst. In den ersten 2 Jahren dieses Jahrzehntes traten Maurer, Maschinenbauer und Bergarbeiter in Massenstreiks für den 10-Std-Tag und Lohnerhöhungen um bis zu 25 % ein. Es gab Hunderte von Arbeitskämpfen und Aussperrungen.



Bismarck als Vertreter des Staates und der neuen Unternehmerschichten sah diesen Entwicklungen mit Schrecken entgegen. Allein in den Jahren 1871-77 wuchs der Stimmenanteil der Arbeiterparteien von 3,2 auf 9,4 %. Hinzu kam die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auf dem Gothaer Gründungsparteitag 1875, wodurch sich eine verstärkte Partei mit einem Programm herausbildete, das konkrete Lösungen zu den alltäglichen Problemen der Arbeiterschaft bot wie z. B. Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung der Löhne, Verbot der Kinderarbeit, Arbeitsschutzmaßnahmen und das allgemeine Stimm- und Vereinigungsrecht. Man halte sich vor Augen, daß Marx und Engels entscheidenden Einfluß auf das Programm der Eisenacher Partei ausübten und daß diese Partei in die neue vereinigte Partei die Traditionen des wissenschaftlichen Sozialismus (oder Marxismus) hineinrug und es läßt sich leicht vorstellen, was für eine Angst Bismarck, Unternehmer und Staat vor den Konsequenzen hatten.

Er reagierte, wie es alle herrschenden Gruppen tun, wenn sie sich von der wachsenden und entschlossenen Kraft der Arbeiter bedroht sehen, mit gesetzlichem Verbot und polizeilicher Unterdrückung. Zwei terroristische

Attentatsversuche auf Kaiser Wilhelm dienten ihm als willkommenes Anlaß, um die sozialdemokratischen Vereinigungen in die Illegalität zu treiben, obwohl die

folgten auch Tischler, Maurer und Schneider, indem sie verdeckt ihre gewerkschaftlichen Organisationen neu gründeten.



Sozialdemokratie sich immer ganz klar von dem Terrorismus distanziert hatte und einen der Attentäter kurz vorher aus der Partei ausgeschlossen hatte. Aber die Angst der Kapitalistenklasse hatte sich über Jahre hinaus aufgestaut und wären die Attentatsversuche nicht vorgekommen, dann hätte sie sich einen anderen Vorwand einfallen lassen. Am 19. 10. 1878 wurde das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" für vorläufig 3 Jahre mit 221 gegen 149 Stimmen im Parlament verabschiedet. 2 Tage später trat es in Kraft. Der ganze Staatsapparat wurde gegen die Arbeiterorganisationen eingesetzt: es wurden nicht nur Parteien, Vereine usw. verboten, ihre Zeitungen, Flugblätter usw. beschlagnahmt und ihre Druckereien außer Betrieb gesetzt, sondern es wurden der Polizei auch besondere Ermächtigungen gegeben, "Verdächtige" ins Gefängnis zu werfen, willkürlich Geldstrafen zu verhängen und sie sogar aus der Heimat auszuweisen. Mit solchen Maßnahmen war eine allgemeine Einschüchterung der Arbeiter beabsichtigt und die Ausweisungen ihrer besten Kämpfer und Führer führten sicherlich auch dazu, daß ganze Gruppen von Arbeitern ohne erfahrene Führung dastanden. 12 Jahre Faschismus (1933-45) hatten eine ähnliche, wenn auch viel verheerendere Wirkung: der Faschismus als brutalste Form kapitalistischer Herrschaft ging so weit, daß er eine Generation führender Kämpfer ausrottete.

In den ersten Jahren mußten die Arbeiterorganisationen schwere Rückschläge verbuchen. Allein in den ersten 2 Monaten wurden 153 Vereine und 175 Zeitschriften verboten. In den ersten 2 Jahren wurden 800-900 "verdächtige" Klassenkämpfer aus ihrer Heimat ausgewiesen. Aber nach den ersten Schlägen heilten die Wunden wieder aus, und die Arbeiter ließen sich viel einfallen, um die Gesetze zu umgehen. Sie gründeten ihre aufgelösten Vereine wieder unter den unterschiedlichsten Namen z. B. die Tabakarbeiter nannten sich die "Reiseunterstützungskasse" und ihrer Initiative

Die Sozialisten-Gesetze wurden noch dreimal verlängert und für insgesamt 12 Jahre wurden die Organisationen der Arbeiter häufig bespitzelt und immer wieder von der Polizei heimgesucht.

Die ganzen Unterdrückungsmaßnahmen hätten gewiß genug Anlaß geboten, um die Rolle des Staates und seiner Machtoorgane - Polizei, Gesetzgebung, Gerichte, Armee - als "Mittel der Klassenherrschaft" aufzuzeigen, wie Marx es ausdrückte. In der Geschichte der Menschheit schaffte sich jede herrschende Gruppe ein Werkzeug, um das bestehende System aufrechtzuhalten - womöglich mit den "demokratischen" Mitteln der Gesetze und Gerichte, aber wenn nötig, mit der bewaffneten Gewalt der Polizei und Armee.

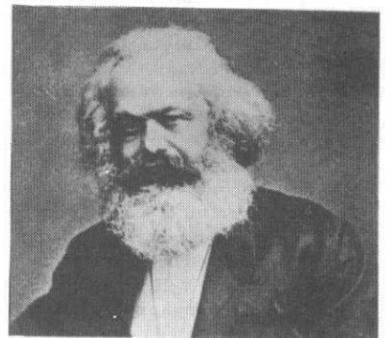
Damals hat zwar der Wydener Parteikongreß 1880 aus dem Satz im Parteiprogramm "die Sozialdemokratie erstreckt den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft mit allen gesetzlichen Mitteln" das Wort "gesetzlich" gestrichen und ging damit in die Illegalität, die Partei zog aber keine praktische Konsequenzen aus der Tatsache, daß die Kapitalistenklasse sich nicht höflich auf gesetzliche Mittel beschränkt, wenn es darum geht, ihre Klassenherrschaft gegen die Arbeiterklasse zu verteidigen. Die Gesetze und Justiz sind dafür da, die Interessen der Unternehmer zu schützen und Arbeiter und Unternehmer haben genau entgegengesetzte Interessen - wie das Beispiel Chile 1973 und der tägliche Einsatz von Polizei und Armee gegen streikende Arbeiter in Indien, Pakistan und den lateinamerikanischen Staaten heute beweisen.

Die Ideen des Sozialismus können niemals durch organisatorische Maßnahmen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ausgerottet werden. Damals - nach den ersten anfänglichen Niederlagen - gingen Partei und Gewerkschaften eindeutig aus der Verfolgung verstärkt hervor. 1886 wurden 81.000 Gewerkschafter in 35 Verbänden gezählt. Diese Zahl erhöhte sich ständig, bis sie 1890 350.000 Mitglieder betrug. Ähnlich ging es mit den Stimmen für die Partei,

die sich von 313.000 bei den Wahlen 1881 über 550.000 (1884) und 763.000 (1887) auf 1.427.000 1890 erhöhte, in dem Jahr, als das Verbot der Sozialdemokratie vom Parlament endlich aufgehoben wurde.

Inzwischen waren Bergarbeiter im Ruhrgebiet für den 8-Stunden-Tag in den Streik getreten, dem sich alle Bergarbeiter in Deutschland anschlossen, wobei die Arnee eingesetzt wurde und der Streik ein blutiges Ende fand. Im nächsten Jahr wurden streikende Arbeiter im Hamburg ausgesperrt und alle sonst laufenden Streiks wurden sofort abgebrochen, um sie in ihrem Kampf entschlossen zu unterstützen. Dies führte zu der Gründung eines zentralen Dachverbandes aller Gewerkschaften und es wurde der Regierung endlich klar, daß der Widerstand so groß geworden war, daß der Verbot der Sozialdemokratie vorläufig aufgehoben werden mußte. Bismarck wurde daraufhin als Reichskanzler entlassen; seine reaktionäre Politik war den Unternehmern zu gefährlich geworden.

Der Marxismus bringt die tägliche Erfahrung der Arbeiter in einem politischen Programm zum Ausdruck. Daher wächst seine Bedeutung in der Arbeiterbewegung, je mehr sich die Krise des Kapitalismus verschärft. Deshalb waren die Versuche, seinen Einfluß im letzten Jahrhundert auszurollen, zum Scheitern verurteilt, genauso wie ähnliche Versuche heute auf der BRD und anderswo auf der Welt, wo es eine starke Arbeiterbewegung gibt, scheitern werden.



Nicht umsonst hatten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest geschrieben, "ein Gespenst geht um in Europa... das Gespenst des Kommunismus". Dieses Gespenst sucht nach jahrelanger Ruhe in der europäischen Arbeiterbewegung während der Nachkriegszeit noch einmal Europas Kapitalisten heim... diesmal wird es ihnen nicht gelingen, es wieder in das Grab der Vergangenheit zu schicken!

Felicity Bull, SPD Köln-Mitte

Seminar

Die Redaktion VORAN hat sich entschlossen, zukünftig regelmäßig Wochenendseminare zu veranstalten. Zweck dieser Seminare soll es sein, die Politik von VORAN noch gründlicher zu diskutieren, als dies in den Seiten der Zeitung möglich ist.

Die erste Schulung dieser Art findet am 30. September/1. Oktober am Edersee in Nordhessen statt. Als Themen sind geplant:

- * Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie - Osteuropa
- * Eurokommunismus - der neue Weg zum Sozialismus?
- * VORAN-Zeitungsverkauf und Aufbau des VORAN-Kampffonds durch Spendensammeln.

Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung liegen bei ca. 30.-DM. Anmeldungen bitten wir dringend incl. 10.-DM Vorauszahlung bei der Redaktion einzureichen.

Die Reichen sind noch reicher geworden

Daß wir in einem Wirtschaftswunderland leben, wo für alle Milch und Honig fließen, dies kann ohnehin niemand behaupten, der mit beiden Beinen auf dem Boden der Tatsachen steht. Der verhältnismäßig hohe Lebensstandard (im Vergleich zur Vorkriegszeit) ist für viele Familien ohnehin nur durch harte Überstunden gesundheitsschädigende Schwerstarbeit und die Zusatzeinkommen der Ehefrauen möglich geworden.

Das Berliner "Institut für Wirtschaftsforschung" hat jetzt zu den Einkommensverhältnissen der Haushalte in der BRD einige dürre Zahlen veröffentlicht, die nur ahnen lassen, wie es in vielen Haushalten doch buchstäblich auf jeden einzelnen Pfennig ankommt.

Die Hälfte aller Haushalte hat weniger als 2063DM monatlich zur Verfügung. 12% aller Haushalte (hauptsächlich Rentnerhaushalte) haben

ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 770 DM! Bei 36% der Haushalte liegt das Nettoeinkommen zwischen 1000 DM und 2000 DM. Einpersonenhaushalte hatten 1977 ein Durchschnittseinkommen von monatlich 1411 DM. Bei den "Selbständigen" sieht die Lage weit rosiger aus: Ihnen standen durchschnittlich 6826 DM monatlich zur Verfügung, ein Zehntel der Haushalte dieser Gruppe lag sogar über 10.000 DM monatlich und vereinigte damit schon 30% der Gesamteinkommen aller Selbständigen auf sich.

Das Institut kommt zu der Schlussfolgerung, "daß die Unterschiede im Einkommen zwischen Arbeitnehmer- und Selbständigenhaushalten auch im letzten Jahr weiter gewachsen sind. ... Während das durchschnittliche Einkommen eines Selbständigen 1970 etwa das Zweifache des Angestelltenhaushalteinkommens und knapp das Zweieinhalbfache des Arbeiter-Haus-

halteinkommens ausmachte, verfügende Selbständigenhaushalte 1977 über knapp das Zweieinhalbfache der Angestellteneinkommen und fast das Dreifache der Arbeiter-Haushalteinkommen." (FAZ, 11. 8. 78) Um dies aber noch ins richtige Licht zu rücken: Unter den Angestellten wurden auch Beamte und Richter einbezogen und die Gruppe der Selbständigen umfaßt immerhin vom kleinen Handwerker und Ladenbesitzer bis hin zum größten Industriellen. Dies macht die wirkliche Einkommensklüft zwischen Industriearbeitern und Büroangestellten einerseits und Fabrikbesitzern andererseits noch wesentlich größer.

"Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist ein stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft", so heißt es im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD von 1959. "Einkommen und Vermö-

gen sind ungerecht verteilt. Das ist ... im wesentlichen die Schuld einer Einkommens- und Steuerpolitik, die die Einkommens- und Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögenslosen benachteiligt."

Wer könnte behaupten, daß sich dieser skandalöse Zustand seit 1970 seit dem Antritt einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung verbessert hätte? Laßt uns unsere Parteiführung dazu zwingen, sich wieder auf ihr eigenes Grundsatzprogramm zu besinnen, in dem es heißt "Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen - das war und ist der Sinn des Sozialismus."

Keiner sollte in Zukunft mehr an der Armutsschwelle herumvegetieren müssen. Laßt uns gemeinsam für ein garantiertes Mindesteinkommen von 1400.-DM netto für alle kämpfen!

Am 15. August sprachen zwei Führer der größten Arbeiterpartei von Sri Lanka (dem früheren Ceylon), der Lanka Sama Samaja Party (LSSP) auf einer öffentlichen Veranstaltung in London, die von der dortigen Exil-Ortsgruppe der LSSP organisiert worden war. Ein zufällig anwesendes Redaktionsmitglied unserer Zeitung hatte dabei die Gelegenheit ein Exklusiv-Interview mit den beiden durchzuführen. VASUDEVA NANAYAKKARA ("Vasu") war früher ein sehr populärer Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender der LSSP-Jungsozialisten, saß 18 Monate lang unter der Bandaranaike-Regierung im Gefängnis und ist jetzt einer der Führer der LSSP sowie der Präsident der neugegründeten Gewerkschaftsföderation UFL. VICKREMABAHU KARUNARATHNE ("Bahuh") ist der Generalsekretär der LSSP, seit ihre neue marxistische Führung im letzten Dezember gewählt wurde.

Volksfrontpolitik

VORAN: Könntet ihr uns kurz den Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Sri Lanka schildern? Welche Auswirkungen hatten diese auf das Denken der LSSP-Basis?

BAHU: 1970 kam die Koalitionsregierung der "Vereinigten Front" an die Macht. Sie bestand aus der kapitalistischen "Sri Lanka Freiheitspartei" Bandaranaike (SLFP), aus der Kommunistischen Partei (KP) und aus der LSSP. KP- und LSSP-Führer sahen ihre Rolle nur darin, auf die SLFP Druck auszuüben. Die SLFP sollte anti-imperialistische und demokratische Maßnahmen ausführen (welche von den LSSP-Führern jedoch "sozialistisch" genannt wurden!). Das Regierungsprogramm war total reformistisch. Es bestand in der Verstaatlichung des Außenhandels, bestimmter (jedoch nicht der entscheidenden) Großindustrien und Großplantagen usw. Außerdem sollte eine republikanische Verfassung eingeführt werden, der Staat sollte "demokratisiert" werden, eine Bildungsreform wurde angestrebt usw.

Leider kam die Volksfront genau zu dem Zeitpunkt ins Amt, in dem eine katastrophale Wirtschaftskrise ihren Anfang nahm. Unter diesen Umständen wären selbst die minimalsten Reformen erst dann erfolgreich gewesen, wenn vorher die Macht des internationalen und einheimischen Kapitals vollständig gebrochen worden wäre. Ein solches vollblütiges sozialistisches Programm lag natürlich keineswegs im Interesse der kapitalistischen SLFP. Aber auch KP- und LSSP-Führer waren nicht konsequent genug. Sie wurden von den Reichen mächtig unter Druck gesetzt und gaben nur allzu willig nach.

Das Regierungsprogramm wurde zaghaft in Angriff genommen aber bald darauf wieder verworfen und auf halbem Wege abgebrochen. So wurden die Massen enttäuscht und entmutigt. Aus beabsichtigter Reformpolitik wurde eine Politik des Reformabbaus. Für die Massen sank der Lebensstandard von 1970 bis 1976 um durchschnittlich 50 %!!! Eine echte Katastrophe! Die Arbeiterklasse war verwirrt, die LSSP-Führung tat alles, um sie vom Kampf zurückzuhalten. Sie war durch die Koalition buchstäblich an das Kapital gefesselt.

Kämpfe

VASU: Aber die traditionelle Führung der Arbeiter konnte die Kämpfe nur eine Zeitlang zurückhalten. Je mehr die LSSP-Führer nur Maß haltparolen anzubieten hatten, umso mehr sank natürlich auch ihr Ansehen und ihre Autorität. Verschiedene Schichten der Unterdrückten traten nacheinander in den Kampf - und das entgegen der Appelle ihrer eigenen Führer! Im April 1971 gab es einen richtigergehenden Aufstand der bäuerlichen und studentischen Jugend, die durch die Jugendarbeitslosigkeit enttäuscht war. Der Aufstand und die Organisation, die dahinter stand, die JVP, wurden blutig niedergemetzelt. 6.000 starben - durch die Gewehre einer Armee und Polizei, die von einer "Volksfront"-Regierung kommandiert wurden!

Im Osten und Norden entwickelten sich unter der Jugend der nationalen Tamilen-Minderheit Tendenzen hin zum Anarchismus und Terrorismus. Die Tamilen sind besonders unterdrückt. Die Volksfront tat nichts für sie. Im Gegenteil: auf die gehässigste Art und Weise wurden 100.000 tamilische Landarbeiter von der SLFP nach Indien zurückgejagt. Und die LSSP-Führer schauten zu, ohne mit der Wimper zu zucken! Um die Jahreswende 1976/77 gab es den großen Eisenbahnerstreik, der von der alten LSSP-Führung gänzlich verraten wurde!

Die Auswirkungen dieser Erfahrungen auf das Denken der einfachen LSSP-Mitglieder und auf die Massen allgemein waren sehr groß. Sie wurden immer kritischer. 1970 noch hatten sie voll Begeisterung und Illusionen den Regierungswechsel und die Volksfront begrüßt. Doch auf die großen Erwartungen folgte bald tiefe Enttäuschung, die wiederum einer Oppositionsstimmung Platz machte. Schon 1972 auf dem Parteitag wurde dies ganz deutlich, als die alte Führung der LSSP nur noch knapp ihre Mehrheit halten konnte.

Bürokratische Unterdrückung

VORAN: Wie habt ihr es in der Zwischenzeit geschafft, die Mehrheit in der Partei zu erringen?

BAHU: Wir haben schon 1972 die Opposition angeführt und jahrelang

ARBEITERPARTEI MIT NEUER MARX DIKTATUR DROH VORAN SPRACH MIT 2 ARBEITER

geduldig und zäh in der Partei gearbeitet, vor allem uns durch nichts entmutigen lassen. Aber die alte Führung hat die demokratische revolutionäre Vergangenheit der Partei total verraten. Sie versuchte, mit allen Mitteln die Posten zu behalten!

Im Stile der schlimmsten stalinistischen "Vorbilder" griff sie zu brutalen bürokratischen Unterdrückungsmaßnahmen um selbst die kleinsten oppositionellen Funken auszulöschen. Sie fing an, einzelne Mitglieder auszuschließen. Die Opposition wuchs aber weiter an. Deshalb mußte die Bürokratie die Dosis ihres Unterdrückungsgiftes immer weiter steigern, ohne daß es große Wirkung zeigte. Statt die Partei zu "säubern", zerstörten sie sie fast vollständig. Ganze Ortsvereine wurden ausgeschlossen und Bezirksverbände aufgelöst!

Während diese Bürokraten also einerseits als Werkzeug der Herrschenden die Angriffe gegen die Erregenschaften der breiten Masse durchführten, klammerten sie sich mit allen Mitteln andererseits an ihre Positionen.

VASU: Das ging sogar so weit, daß sie unter klarem Bruch der Parteisatzung sich seit 1972 weigerten, einen Parteitag einzuberufen, aus lauter Angst, die Opposition könnte die Mehrheit erreichen. Tausende von Parteimitgliedern verließen aus Verzweiflung die Partei.

Die Wahlen von 1977 waren für die Arbeiterparteien eine Katastrophe. Sie erreichten keinen einzigen Parlamentssitz mehr, die reaktionäre UNP (Vereinigte Nationalpartei) dagegen fast 75 % der Sitze!

UNP - Wahlsieg

VORAN: Wie war dies möglich?

VASU: Dies kann man nur vor dem Hintergrund der Volksfrontpolitik verstehen, die den Massen nur eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen gebracht hat und eine katastrophale Verelendung. Andererseits trat die UNP im Wahlkampf unwahrscheinlich radikal auf - ähnlich wie die reaktionäre Janata-Partei in Indien! Sie kritisierte die alte Regierung von links

und übte sich in sozialer Demagogie, nannte sich "sozialistisch" und versprach, den Reformabbau durch die Volksfront wieder rückgängig zu machen, die unentgeltlichen täglichen Reiserationen für jedermann wieder einzuführen, noch weiter gehende Sozialreformen etc. Deswegen der erdrutschartige Umschwung. Die UNP hat die Hoffnungen der Massen von neuem erweckt, wird sie jedoch genau so wieder enttäuschen!

Neue Führung

VORAN: Worin besteht die Bedeutung des Parteitags vom Dezember 1977?

BAHU: Darin, daß die marxistische Opposition von der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedschaft unterstützt wurde. Die Opposition hatte jahrelang alle satzungsmäßigen Mittel angewandt, um die Führung zur Einberufung eines Parteitags zu zwingen. Wir sammelten sogar die Unterschriften von mehr als einem Drittel der Mitglieder, was nach Satzung ausreicht, um einen Parteitag zu erzwingen. Die Führung weigerte sich jedoch immer noch. So war die Opposition gezwungen, selbst einen Parteitag einzuberufen. Alle Mitglieder wurden eingeladen, auch die in den vergangenen Jahren unrechtmäßig Ausgeschlossenen, sogar die alte Führung. Das Echo war enorm: Buchstäblich mehr als 80 % aller Ortsvereine schickten Vertreter und erkannten somit die Autorität des Parteitages an.

Nach einem Jahrzehnt Koalitionspolitik mit bitteren Folgen faßte die Mitgliedschaft fast einstimmig den Beschluß, in Zukunft die Koalitionspolitik abzulehnen, eine revolutionäre Partei aufzubauen und somit zu den besten Traditionen der frühen Tage der LSSP zurückzukehren.

Die alte Parteiführung weigerte sich, auf dem Parteitag zu erscheinen, um dort ihre Politik in der Diskussion zu verteidigen und sie hinterher einer demokratischen Entscheidung zu unterwerfen. Stattdessen beriefen sie 3 Monate später ihren eigenen Parteitag ein. Dadurch haben sie sich faktisch von der Partei abgespalten. Aber sie haben keine Basis mehr. Obwohl sie ihre Konferenz dreimal verschoben, konnten sie nicht mehr als 300 Anhänger anschleppen. Das ist alles, was sie noch haben: Bürokraten, Karrieristen und bezahlte Ja-Sager...!

Gewerkschaftlicher Einfluss

VORAN: Wie groß ist Euer Einfluß in den Gewerkschaften?

VASU: In Sri Lanka sind die Gewerkschaften traditionell den verschiedenen politischen Parteien zu geordnet und angegliedert. Selbst die kapitalistische UNP hat eigene Gewerkschaften. Wir stellen die Mehrheit und die Führung in einer Reihe von großen Gewerkschaften - unter anderem in der größten Eisenbahnergewerkschaft. Insgesamt steht mehr als ein Viertel der organisierten Arbeiter direkt unter unserer Führung. In anderen Gewerkschaften wächst unser Einfluß sehr rasch.

Seit der Dezember-Konferenz ist unsere Parteimitgliedschaft um 50% gewachsen. Viele, die vor Jahren aus Enttäuschung ausgetreten sind, kehren jetzt zurück. 85 % unserer Mitglieder sind Arbeiter,

der Rest arme Bauern, Studenten und Intellektuelle. Wir haben jetzt knapp 2.000 Mitglieder. Dies mag Euch zwar, von Deutschland aus betrachtet, sehr gering vorkommen. Aber ihr müßt wissen, daß es in der Kolonialwelt eine ganz andere Tradition gibt als in Europa. JEDES EINZELNE UNSERER MITGLIEDER IST EIN ARBEITERFÜHRER AUF ÖRTLICHER EBENE.



Jedes Mitglied vertritt Hunderte oder gar Tausende von Kollegen aus seinem Betrieb oder aus seiner Gewerkschaft. In diesem Sinne sind wir eine Massenpartei der Arbeiterklasse, die größte in Sri Lanka. Zu ihren "Glanzzeiten" hatte die LSSP nicht mehr als 3-4.000 Mitglieder. Wir sind dabei, die Verluste jetzt wieder wettzumachen.

Reaktionäre UNP-Regierung

VORAN: Wie sieht ihr die weiteren politischen Entwicklungen in Sri Lanka?

BAHU: Die UNP denkt natürlich nicht daran, ihre Demagogie auch tatsächlich durchzuführen. Sie hat sofort Maßnahmen ergriffen, um alle die kleinen Reformen wieder rückgängig zu machen: Grundbesitz wird wieder an die früheren Eigentümer zurück gegeben; Lebensmittelsubventionen ersatzlos gestrichen; das Land soll die Tore für das Auslandskapital weit öffnen; nach dem Vorbild Singapurs soll eine Freihandelszone geschaffen werden, um die Löhne noch weiter zu drücken.

Der Internationale Währungsfond, der die schwächsten Länder im Interesse des internationalen Imperialismus bis zum letzten Tropfen auspreßt, hat brutale Bedingungen für seine Kredite diktiert: er will den Lebensstandard noch weiter senken. Die UNP-Regierung unter Jayawardene kommt den Forderungen bereitwillig nach. Gerade diese Tage ist ja auch der Wirtschaftsminister der BRD auf Asien-Reise, er wird auch in Sri Lanka haltmachen.

Die UNP weiß natürlich, daß diese Maßnahmen ihr die Wählerstimmen so schnell wieder rauben werden, wie ihre ursprüngliche Demagogie sie eingefangen hat. Sie bereitet deshalb das Klima für einen Militärputsch vor. Sie hat sofort nach den Wahlen bewaffnete Banden in die Gebiete geschickt, wo die Tamilen-Minderheit wohnt, um rassistische Gewalttätigkeiten zu provozieren. Sie führen auch Anschläge auf Streikende durch. Die Verfassung wurde geändert, um dem Präsidenten diktatorische Vollmachten einzuräumen: Das Parlament ist ihm verantwortlich,

WAS IST DIE LSSSP?

Die LANKA SAMA SAMAJA PARTY (LSSP) wurde in den 30er Jahren gegründet. Sie entwickelte sich bald zur größten proletarischen Massenpartei auf der Insel, größer als die stalinistische Kommunistische Partei (KP). Die LSSP war jahrzehntelang die einzige Massenpartei auf der Erde, die sich auf die Ideen von Marx, Engels, Lenin und Trotzki berief. Sie hat eine heroische Vergangenheit des Kampfes gegen den Imperialismus, für Unabhängigkeit im Kriegswiderstand und für die sozialistische Revolution. Sie führte den Generalstreik von 1947 und den "Hartal" von 1953. (Ein "Hartal" ist ein Generalstreik, der alle Schichten der Bevölkerung - Ladenbesitzer, kleine Händler, Fischer und Bauern - mit einbezieht) im Laufe des Nachkriegsaufschwungs entartete sie zu einer

ලංකා සමසමාජ පක්ෂය
லங்கா சமசமாயுக் கட்சி
LANKA SAMASAMAJA PARTY

reformistischen Partei, vor allem weil ihre Führung ohne richtige Perspektiven stand und den Illusionen über eine Stabilisierung des Kapitalismus und die Möglichkeiten dauerhafter Reformpolitik erlag. 1964 ging sie ein Volksfrontbündnis mit der kapitalistischen SLFP ein, das sie 1970 zusammen mit SLFP und KP an die Macht brachte. Die fatalen Folgen dieser Politik werden in dem Interview drastisch geschildert.

Erst im Dezember 1977 erringt die marxistische Opposition auf einem Parteitag die Mehrheit - fast kampfflos, weil die alte Führung feigerweise nicht teilnimmt -

und eine neue marxistische Führung wird gewählt.

VORAN teilt voll und ganz die Perspektiven dieser neuen Führung und unterstützt ihre Politik. Diese Übereinstimmung ist natürlich nicht zufällig: sie gründet sich auf die gemeinsame marxistische Methode der Analyse. Diese Übereinstimmung wurde jedoch erst bei einer zufälligen Begegnung vor kurzem mit zwei LSSP-Vertretern entdeckt. VORAN will die aufgenommenen Verbindungen trotz aller Schwierigkeiten aufrechterhalten. Wir wollen die Genossen in Sri Lanka so gut wir können in ihrer schwierigen politischen Situation unterstützen. Nicht zuletzt deshalb drucken wir einen Spendenaufruf der LSSP in unserer Zeitung ab. Wir hoffen, daß unsere Leser darauf freigiebig reagieren! ■

ISTISCHER FÜHRUNG, ABER... T IN SRI LANKA FÜHRERN

nicht umgekehrt; er kann einzelne Abgeordnete aller Parteien absetzen, deren Nachfolger dann von dem betreffenden Parteisekretär ernannt werden; er kann das gesamte Parlament auflösen. Die UNP versucht, auch die Gewerkschaften der totalen Überwachung durch den Staat zu unterjochen, so wie das der Fall war in Spanien in der Zeit von Franco. Das ganze versucht die UNP auch noch mühsam zu verkleistern, indem sie das Land in "Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka" umbenannt hat.

Die Arbeiterklasse beginnt sich schon wieder zu erholen, wie das der jüngste Streik der Bankangestellten zeigt, den wir anführten. Die Situation ist aber noch immer ungünstig. Wir wissen nicht, ob wir in der nahen Zukunft eine Militärdiktatur werden verhindern können. Wir sind darauf vorbereitet, in den Untergrund gehen zu müssen. Kampflos werden wir jedoch nicht weichen und die Massen im Stich lassen, wie die alte Führung. Selbst wenn wir in dieser ersten Schlacht eine Niederlage erleiden werden, wird es eine Gelegenheit sein, unseren Namen, unser Programm und unsere Fahne in den Augen der Massen wieder zu etablieren. Wir wissen, wie instabil Militärdiktaturen in der 3. Welt heutzutage sind, man braucht sich

nur Pakistan anzusehen. Eine Militärdiktatur würde auch in Sri Lanka wieder sehr bald stürzen, vor allem vor dem Hintergrund des weltweiten Aufschwungs der Klassenkämpfe. Dann könnten wir von neuem unseren Kampf aufnehmen, jedoch von einer günstigeren Ausgangsposition aus.

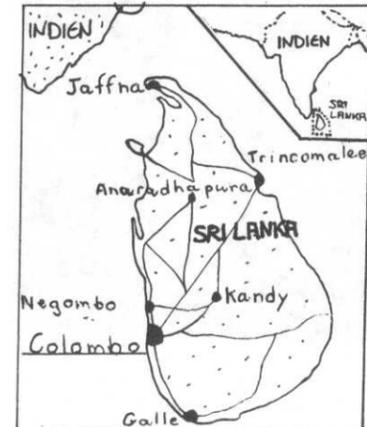
Drohende Diktatur

VORAN: Welche Widerstandsmaßnahmen habt ihr gegen diese Schritte bisher ergriffen? Wie wollt ihr die Spaltung der Arbeiterklasse überwinden?

BAHU: Unsere gesamte Politik in den letzten Monaten bestand in einem verzweifelten Versuch, einen Verteidigungskampf zu organisieren. Leider haben wir den Durchbruch innerhalb der Partei erst zu einem Zeitpunkt erzielt, an dem die gesamte Arbeiterbewegung auf der ganzen Linie vor den Schlägen der Bourgeoisie zurückweichen mußte - weil sie von ihrer Führung im Stich gelassen wurde. Doch entschlossen nahmen wir den Kampf sofort auf.

Von uns ging die Initiative aus, eine Einheitsfront aller Gewerkschaften zu bilden, um die gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte zu verteidigen und um der Lohnraubpolitik Widerstand entgegenzusetzen. Wir erarbeiteten ein Aktionsprogramm mit klaren Forderungen, die dazu dienen, die

Massen erneut zu mobilisieren, zuerst zum Verteidigungskampf, der dann später in den Kampf für die sozialistische Revolution übergeht. Wir waren die einzige Partei, die den Selbstschutz für die Tamilen gegen rassistische Angriffe organisiert hat. Auf regionaler Ebene haben wir Volksräte organisiert, die alle Anti-Regierungskräfte umfassen.



Verbündete

VORAN: Welche Kräfte sind international die Verbündeten der Arbeiterklasse von Sri Lanka? Wel-

chen Strömungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung steht ihr am nächsten?

VASU: Wir wissen ganz genau, daß selbst eine erfolgreiche sozialistische Revolution, die zu einer echten Arbeiterdemokratie führt, in der Isolation einer kleinen Insel wie Sri Lanka auf der Grundlage einer rückständigen Volkswirtschaft nicht bestehen könnte. Deshalb sind unsere nächsten Verbündeten die Arbeiterklassen aller Länder, und vor allem diejenige Indiens, sowie die verschiedenen Befreiungsbewegungen der 3. Welt. Unsere Partei setzt ihr ganzes Vertrauen in die Kräfte, welche in den Massenorganisationen in den verschiedenen Ländern für das Programm des Marxismus kämpfen, und die sich auch nicht durch die schmutzigsten Tricks und undemokratischsten Maßnahmen der Rechten entmutigen lassen. Genau so haben wir es gemacht. Wir haben nichts übrig für die kleinen sektiererischen Grüppchen, die sich unheimlich "rrrrrevolutionär" gebärden, aber von dem breiten

Strom der Bewegung abseits stehen und es nicht verstehen, Arbeiter für ihr Programm zu gewinnen!

Spenden benötigt

VORAN: Wie können wir Euch konkret helfen?

BAHU: Erstens - diskutiert die Frage von Sri Lanka in Euren deutschen Organisationen, in Gewerkschaften, in der Partei und der Partei-Jugendorganisation. Schickt Protestresolutionen an die Konsulate von Sri Lanka. Verlangt die Freilassung unserer verhafteten Genossen. Aber am wichtigsten: Schickt uns Geld!! Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, was wir selbst mit den kleinsten Beträgen anfangen können. Wofür ihr euch in Europa ein Essen kauft, davon können wir in Sri Lanka eine Woche lang leben! Eine regelmäßige Spende von 100,- DM monatlich würde es uns schon erlauben, mindestens einen weiteren hauptamtlichen Parteisekretär einzustellen.

SPENDET FÜR DIE LSSP!

LIEBE FREUNDE, GENOSSEN UND KOLLEGEN IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG! Vielleicht habt ihr schon von der Repression gehört, die der Staat täglich mehr gegen die Arbeiterparteien und gegen die Gewerkschaften in Sri Lanka richtet. J. R. Jayawardene, der Präsident, will sich zum Diktator machen. Die neue Verfassung räumt ihm fast unbeschränkte Vollmachten ein und versucht gleichzeitig, die Gewerkschaften abzuwürgen. Die Polizei geht mit Waffengewalt gegen Streikende vor. Faschistische Banden versuchen die Universitäten zu stürmen und rassistische Unruhen zwischen den Nationalitäten anzustacheln. Schon viele

Aktivisten der LSSP und anderer Arbeiterparteien sind verhaftet worden, ebenso Gewerkschafter. Die deutsche Arbeiterbewegung hat schreckliche Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus gemacht. Noch ist es Zeit, in Sri Lanka ein ähnlich brutales Regime zu verhindern. Dazu brauchen wir aber auch die Hilfe der internationalen Arbeiterbewegung! Schickt Protestresolutionen an die Konsulate Sri Lankas. Protestiert gegen die Verhaftungen! Vor allem aber: schickt uns Geld!!! Jeder Pfennig zählt, und er hilft uns in unserem Kampf.

LSSP
17, Barrack Lane
COLOMBO 2
Sri Lanka

BÜROKRATISCHE HERRSCHAFT ODER ARBEITERDEMOKRATIE?

Besprechung einer 'VORAN'-Broschüre

Ist die Sowjetunion ein echtes sozialistisches System, das den Arbeitern der ganzen Welt als ein leuchtendes Vorbild dienen kann, oder wird nicht die ganze Gesellschaft von einem bürokratischen Geschwür überwuchert? Ist die Sowjetunion ein fortschrittliches System? Soll sie von Sozialisten unterstützt werden? Fragen über Fragen tun sich auf.

Zwiespalt

VORAN hat jetzt eine Broschüre veröffentlicht, die für die Leser auf der Suche nach Antworten einen wichtigen Beitrag leisten kann. In der deutschen Arbeiterbewegung herrscht bei weitem noch keine Klarheit über die Frage der Sowjetunion. Von gewissen Teilen in der Bewegung wird blindlings hochgepriesen, was den Stempel 'sowjetisch' trägt. Andererseits können wir am rechten Flügel der Arbeiterbewegung einen sturen Antikommunismus finden, der sich auf die stalinistischen Verbrechen und die abschreckenden Gesichtspunkte der Sowjetgesellschaft gründet. Beide Einstellungen sind falsch und können einen richtigen Erkenntnis nur den Weg verbauen. Notwendig ist eine nüchterne Analyse, welche positive und negative Züge die UdSSR-Gesellschaft kennzeichnen.

Aufstieg

Seit der Revolution 1917 hat die UdSSR einen wirtschaftlichen Aufstieg hinter sich gebracht, der in seiner Schnelligkeit beispiellos ist. Das ehemals rückständige, halb-

feudale Agrarland, das noch 1917 in halbkolonialer Abhängigkeit an den internationalen Imperialismus gekettet war, ist in den letzten 60 Jahren zur zweitgrößten Weltmacht aufgestiegen! Selbst die USA, dieser mächtigste Imperialismus, den die Welt je gesehen hat, werden in vielen Bereichen überholt: sowohl Öl-, wie auch Stahlproduktion Rußlands übertreffen seit den 70er Jahren die USA erheblich. Wenn man bedenkt, daß dieser wirtschaftliche Aufbau fast vom Nullniveau aus anfangen mußte und daß er in eine viel kürzere Zeit als 60 Jahre eingepreßt war, weil immer wieder Angriffe von außen zu Rückschlägen führten (1. Weltkrieg 1914-17, Bürgerkrieg 1918-1921, 2. Weltkrieg 1941-45), dann wiegt dieser Aufbau noch schwerer. Welchen Triebfedern ist dieser gewaltige Fortschritt zu verdanken? Für Marxisten ist die Antwort sehr klar und eindeutig: der Überlegenheit eines geplanten Wirtschaftssystems, das von den Fesseln des Privateigentums und der chaotischen kapitalistischen Produktionsweise mit ihren regelmäßigen Krisen und Zerstörungen befreit ist!

Krebsgeschwür

Viele werden jetzt sagen: "Alles schön und gut! Aber was ist mit dem Schwarzmarkt, Korruption, bürokratischer Mißwirtschaft, den gigantischen Fehlplanungen, schm-

rotzerischen Privilegien der Funktionäre und Verschwendung von Rohmaterial, wie sie in der SU gang und gäbe sind?" Dieser Hinweis ist natürlich berechtigt.

Aber wir müssen sehen, daß das schnelle wirtschaftliche Wachstum der UdSSR trotz dieser Hindernisse stattfand.

Diese grundsätzliche Überlegenheit wird allerdings durch die bürokratischen Methoden der Planung, welche eine ungeheure Verschwendung mit sich bringen, sehr vermindert. Was könnte erst erreicht werden, falls der Sturz der Bürokratie einer echten Arbeiterdemokratie den Weg freimachen könnte, in deren freier Atmosphäre jeder ohne Furcht konstruktive Kritik vorbringen könnte, die zur Verbesserung der Produktionsmethoden dienen würde?

Die Bürokratie ist ein riesiges Krebsgeschwür am russischen Arbeiterstaat. Freiwillig wird sie ihre Macht und ihre Privilegien nie abgeben. Sie unterdrückt jede politische Freiheit für die Arbeiterklasse. Wie kann sie beseitigt werden? Die Broschüre sieht nur eine Antwort: durch eine politische Revolution, ähnlich wie sie 1956 von den ungarischen Arbeitern (damals noch vergeblich) begonnen wurde. Eine solche politische Revolution würde nicht zum Kapitalismus zurückführen, sondern auf der Grundlage der überlegenen Planwirtschaft eine volle Arbeiterdemokratie herstellen.

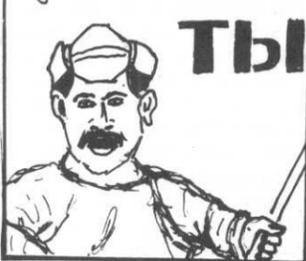
tionären Seiten lässt sich somit durch zwei Faktoren erklären:

Zum einen durch den gewaltigen Sprung vorwärts, den die Revolution ermöglichte und zum anderen durch das schwere Erbe einer jämmerlichen, elenden und rückständigen Vergangenheit, das ohne die internationale Hilfe der europäischen Arbeiterklassen abgetragen werden muß.

Die Broschüre beschreibt in anschaulicher, leicht lesbarer Sprache die Entwicklung der letzten 60 Jahre in Rußland, und die inneren und internationalen Folgen der stalinistischen Entartung. Die Revolution, der Aufstieg Stalins, die Verfolgung und Zerschlagung der Linken Opposition unter der Führung Trotzki's, die als einzige Strömung noch die Fahne der Arbeiterdemokratie hochhielt, die Drohung des Faschismus, die Volkspolitik, die Chruschtschow-Enthüllungen, der Kampf der ungarischen Arbeiter 1956 gegen die Bürokratie, die Entspannungspolitik und die weiteren Perspektiven für die Entwicklung des SU sind Stichworte, welche die Themen der verschiedenen Abschnitte kennzeichnen.

Die Broschüre eignet sich gut als Grundlage für eine Diskussion über den "realen Sozialismus" in Diskussionskreisen, Juso-Arbeitsgemeinschaften, Falken-Ortsvereinen und DGB-Jugendgruppen.

Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie?
60 Jahre nach der Russischen Rev.



BÜROKRATISCHE HERRSCHAFT ODER ARBEITERDEMOKRATIE
60 Jahre nach der Russischen Revolution.

Broschüre ist erhältlich über die Redaktion VORAN. Vorauszahlung in bar oder Briefmarken.

Preis: 1.- DM + 60 Pfg. Porto

CHILE-5 JAHRE DANACH

Vor 5 Jahren, am 11. September 1973, ergriff das chilenische Militär die Macht im Lande. Dieser Putsch setzte der Regierung des Sozialisten Salvador Allende ein jähes Ende und hat 50.000 Arbeitern, Gewerkschaftern, Sozialisten und Kommunisten das Leben gekostet. Viele verfolgte Kämpfer leben noch heute im Exil.

Ein reaktionärer Putsch und ein Blutbad unter den aktivsten Arbeitern sind kein Naturereignis, das über die Menschheit hereinbricht wie ein Erdbeben, ein Vulkanausbruch oder ein Wirbelsturm. Deswegen muß unsere Frage lauten: Wie war dies alles möglich? Wie können wir ähnliches wie in Chile auf der ganzen Welt verhindern?

Leider machen es sich viele Genossen zu einfach mit einer Erklärung der Ursachen für den Militärputsch. Für sie ist das chilenische Experiment ganz einfach an einem gescheitert: Am Zusammenspiel von imperialistischem Kapital und CIA. Aber wer, wie die DKP, dies als Hauptgrund anführt, der muß sich fragen lassen: Was erwartet ihr denn vom nationalen und internationalen Kapital anderes, als daß es sich mit allen Mitteln wehrt, wenn seine Existenz in Gefahr gerät? Hat denn schon jemals in der Geschichte irgendeine herrschende Klasse freiwillig ihre Macht abgetreten?

Das chilenische "Experiment" ist nicht am Widerstand des Kapitals oder an der angeblichen "Unreife" der Massen gescheitert, sondern an der falschen und verhängnisvollen blinden Politik der Führer der Arbeiterparteien.

Es war ein grundlegender Irrtum, dem der sozialistische Präsident Allende und noch mehr der kommunistische Parteiführer Corvalan nachgingen: Beide hatten 100 mal mehr Vertrauen auf parlamentarische Absprachen mit Christdemokraten, Staatsbürokraten und Armeegenerälen als auf die mobilisierte Kraft der eigenen Basis, der Industrie- und Landarbeiter.

Die chilenische Arbeiterklasse vertraute ihrer Führung und unterstützte tatkräftig alle von der Regierung Allende durchgeführten Reformen. Viele Betriebe und Ländereien wurden von den Beleg-

schaften besetzt. Aber im Gegensatz zu ihren Führern erkannten die Arbeiter sehr wohl, daß sie mit leeren Händen und schönem Gesicht der sich verschwörenden Reaktion nicht erfolgreich entgegenstehen konnten. Am 5. September 1973, eine Woche vor dem Putsch, demonstrierten über 500.000 Arbeiter in der Hauptstadt



Santiago und forderten von ihren Führern Waffen zur Verteidigung der Errungenschaften und einen Plan zur Abwehr der Reaktion. Aber für die Arbeiterführer stellte sich die Frage anders: Nach ihrer Meinung hätte eine allgemeine Volksbewaffnung zu Blutvergießen und Bürgerkrieg geführt.

Wenig später wurden die Mörder und Schlichter des General Pinochet auf die unbewaffnete Arbeiterklasse losgelassen, um gerade das Blutbad anzurichten, das die Arbeiterführer hatten verhindern wollen.

Kommunistenführer Corvalan war es, der noch wenige Tage vor dem Putsch die Meinung vertrat, daß die Streitkräfte niemals gegen einen gewählten Präsidenten putschen würden. Allen internationalen Erfahrungen zum Trotz blieb er hartnäckig bei seiner Auffassung, daß in Chile alles anders sei. Dort sei die Armee auf die demokratische Verfassung verein-

igt, da Chile ohnehin eine lange demokratische Tradition habe.

Allende schien ein einfaches Mittel zu haben, um die Armee auf seine Seite zu ziehen: Er erhöhte die Gehälter der Armee-Generäle und Oberbefehlshaber, seiner späteren Mörder, und nahm schließlich sogar einige von ihnen in seine Regierung auf.



Auf besagte, scheinbar bequeme Weise warf der in Europa als "Marxist" umjubelte Allende eine der fundamentalen und von der Geschichte auf tragische Weise immer wieder bestätigten Erkenntnisse über Bord.

Jede herrschende Klasse braucht zur Aufrechterhaltung ihrer Macht einen Staatsapparat mit seinen vielfältigen Unterdrückungsinstrumenten. Die führenden Militärs, Richter und Beamten sind gehorsame Diener des Kapitals, sind unter dessen Aufsicht ausgebildet worden und oft durch familiäre und soziale Beziehungen mit dem Kapital verbunden.

Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille. Denn während die oberen Ränge etwa einer Armee mit zahlreichen Privilegien ausgestattet sind, sind es in der Regel die einfachen Soldaten der unteren Ränge, die das schmutzige Handwerk des Tötens auszuführen haben. Diese jedoch sind in der Re-

gel Söhne aus Arbeiter- und Bauernfamilien. So ist eine Armee in einer bürgerlichen Gesellschaft kein abgehobenes Organ, sondern letzten Endes eine Widerspiegelung der Klassenunterschiede, wie sie in der Gesellschaft bestehen. Solange die einfachen Soldaten stumpfsinnig Befehl um Befehl ausführen, ist die Armee zuverlässig aus der Sicht des Kapitals. Sobald aber die Soldaten anfangen, nachzudenken, ist die Stabilität der kapitalistischen Herrschaft in Frage gestellt. 1918 meuterten die Matrosen und einfachen Soldaten der alten deutschen kaiserlichen Armee und verbanden sich mit den städtischen Arbeitern in "Arbeiter und Soldatenräten". Das alte System hing in der Luft, die Macht lag in den Händen der Räte.

Ähnlich stellte sich die Frage auch in Chile. Während, wie längst nachgewiesen worden ist, der Putsch vom 11. September 1973 von führenden Generälen langfristig vorbereitet wurde, gab es für die einfachen Soldaten absolut keinen Grund, beim Abschichten ihrer Väter und Brüder mitzumachen.

Schließlich wurde der Putsch dann auch von weniger als einem Fünftel der Armeemitglieder getragen:

Ganze Regimenter meuterten und wurden auf Pinochets Geheiß mit ausgerottet, andere verhielten sich neutral. Es gab viele Anhänger der Sozialistischen und Kommunistischen Partei in den mittleren und unteren Rängen, doch im entscheidenden Zeitpunkt war jeder einzelne auf sich gestellt: Es fehlte eine straffe Koordination des Widerstands, eine organisierte Verbindung zwischen den einfachen Soldaten und der Arbeiterbewegung, es fehlte eine entschlossene und kämpferische Führung. Allendes utopischer Versuch, die Armeeführer und nicht die Basis direkt zu gewinnen, mußte zwangsläufig scheitern.

Unter Allende wurden zwar einige wichtige Wirtschaftsbereiche ver-

staatlicht und wichtige Sozialreformen durchgeführt, aber ein endgültiger und grundlegender Bruch mit dem freien Unternehmertum blieb aus. So hatten die Kapitalisten freie Hand, um systematisch die Regierung wirtschaftlich zu boykottieren und ihre Maßnahmen zu unterlaufen. Als viele Arbeiter dies verstanden und konsequent Betriebe und Ländereien besetzten ließ Allende sogar Polizei einsetzen, um die Arbeiter wieder zu vertreiben und für Ordnung zu sorgen. Man dürfe, dies war ein häufig benutztes Argument, die Reaktion nicht provozieren!

Auch die chilenischen Christdemokraten begrüßten lauthals den Putsch. Wie die CDU/CSU in der BRD, so sind auch sie eine Partei des Großkapitals mit Massenbasis im Kleinbürgertum. Erst als Pinochet auch die Christdemokratische Partei verbieten ließ, fing ihr Führer Frei an, Kritik an der Militärregierung zu üben! Und ausgerechnet Frei, der alles anderes ist als ein strammer Antifaschist oder Demokrat, will jetzt der Kommunistenführer Corvalan als neuen zukünftigen Bündnispartner umwerben. Corvalan meint nämlich unlängst, der Hauptfehler der chilenischen Linksunion sei der gewesen, daß sie nicht auch noch die Christdemokraten eingeschlossen hatte. Offensichtlich hat er nicht einmal für fünf Pfennig aus der chilenischen Tragödie gelernt!



Die chilenische Diktatur wird wieder stürzen - möglicherweise sogar sehr bald! Was wird danach kommen? "Demokratie"? Was für eine Demokratie und zu wessen Nutzen? Wird dieser 5. Jahrestag zum Anlaß genommen werden, über die Lehren der Tragödie in allen Arbeiterorganisationen aller Länder breit zu diskutieren? Nur dadurch wird man dem Andenken an die gefallenen Kämpfer den richtigen Respekt erweisen. ■

ZUCKERBROTE GEGEN AUFRUHR IM IRAN

Unter dem Druck der neuesten explosiven Unruhen (nicht zuletzt des Kino-Brandes, der 400 Menschen das Leben kostete und verblüffende Parallelen zum Reichstagsbrand aufweist), ist die iranische Regierung zurückgetreten. Von der Weltpresse werden die schon seit Monaten anhaltenden Straßenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten auf "religiöse Rechtsradikale" und "islamische Marxisten" zurückgeführt, die Unruhe stifteten. Aber man muß nur einen Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen des Landes werfen, um die wahre Antwort zu finden.

Seit dem Krieg erlebte der Iran aufgrund seiner riesigen Ölquellen eine rapide industrielle Entwicklung. Wegen der Steigerung der Ölpreise 1972-74 wurde sie auf einen Höhepunkt getrieben mit einer jährlichen Steigerungsrate von 43% für das Bruttosozialprodukt. Doch eine gewaltige Inflation bereitete nur den Weg für ein katastrophale Rezession vor (1977:40%, 1978: immer noch 20%!). Der Iran kann seine 34 Mio. Einwohner, von denen drei Fünftel unter dem offiziellen Existenzminimum dahingervegetieren, nicht mehr ernähren. Trotz einem 1974 gesetzlich garantierten Minimallohn liegen heute immer noch 74% der Industriearbeiter darunter, und viele Iraner verdienen nicht mehr als 500.-DM im Jahr. Abertausende von Familien sind obdachlos wegen der unvorstellbaren Wohnungsnot, während andererseits in der Hauptstadt Teheran Luxusapartements für

300.000.-DM leerstehen. Im Iran gibt es mit die höchste Kindersterblichkeitsrate der Welt. Trotz der groß angekündigten Bildungskampagne des Schahs sind immer noch 65% der Bevölkerung Analphabeten, obwohl die Hälfte unter 15 Jahre alt ist.

Um seine Diktatur aufrechterhalten zu können, muß der Schah 17% aller Staatsausgaben für die Armee verschwenden und sich auf den mit 65.000 Agenten ausgerüsteten Geheimdienst SAVAK stützen, der mit brutalen Methoden gegen jegliche Opposition vorgeht und die Bevölkerung tyrannisiert. Aber der Schah hat lange genug mit der Peitsche geherrscht. Jetzt schlagen die Arbeiter, Bauern und Studenten zurück. Teilweise haben sich an die Spitze der Opposition auch islamische religiöse Würdenträger gestellt, die die Bewegung für ihre eigenen reaktionären Ziele ausschlagen wollen: Wiedergewinnung des Einflusses auf den Staat, den sie wegen der Entwicklung Irans zu einer modernen kapitalistischen Industriegesellschaft verloren haben.

Hunderttausende von Arbeitern, Bauern, Studenten und Intellektuelle sind 1978 schon auf die Straßen gegangen, um gegen das Schah-Regime zu protestieren. Tausende wurden schon von der Polizei ermordet.

Das Stück Zuckerbrot in Form eines neuen Regierungschefs und einiger religiöser "Reformen" wird nicht lange ausreichen, um aus einem kämpfenden Löwen eine zahme Katze zu machen. ■

FROMME WÜNSCHE BEIM WIRTSCHAFTSGIPFEL

Das Bonner Gipfeltreffen der Regierungschefs der 7 wichtigsten kapitalistischen Länder (USA, BRD, Japan, Frankreich, Italien, Großbritannien, Kanada) im Juli war das vierte seiner Art seit Herbst 1975. Wieder wurde diesmal versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, das die Regierungen in der kapitalistischen Welt jetzt das Ruder wieder endgültig fest in der Hand haben. Es war wieder das selbe alte Spiel: Handschlag, Lächeln, goldene Worte und viele Allgemeinplätze.

Schon im November 1975 hatten die Regierungschefs in Paris eine grundlegende wirtschaftliche Erholung zur Hauptaufgabe erklärt. In Puerto Rico wurde im Juni 1976 das internationale Wachstumsziel von 5,5% jährlich bis zum Jahr 1980 verkündet. Es lag jedoch 1977 nur bei 3,7% und wird auch 1978 nicht mehr als 3,5% erreichen! Die Arbeitslosigkeit liegt seit 1976 auf einer Höhe von 5,5% und hat sich trotz "Aufschwung" nicht verringert.

Die großartig angekündigten Maßnahmen verschiedener Regierungen zur "Ankurbelung" der Wirtschaft dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß allerhöchstens eine vorläufige Stagnation der Arbeitslosenzahlen zu erwarten ist. Und schon jetzt liegt die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrieländern bei 17 Millionen!

Die tiefe Krise des internationalen kapitalistischen Systems läßt sich auch durch noch so gut gemeinte Regierungsprogramme nicht überwin-

den, solange das System selbst nicht überwunden wird. In allen Ländern sind die Investitionen insgesamt drastisch zurückgegangen. Obwohl die Regierungen tatkräftig versucht haben, den Unternehmern "Investitionsanreize in den Rachen zu werfen, sind die industriellen Kapazitäten nur zu 80% ausgelastet, und die Aussichten auf einen neuen Aufschwung wie in den "goldenen" 60er Jahren sind gleich null.

Der Versuch, die Interessen der verschiedenen nationalen Kapitalistenklassen auszugleichen, ist früher oder später ebenfalls zum Scheitern verurteilt, wenn der Weltmarkt schrumpft und der internationale Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte voll entbrennt. In den Schlagzeilen der Wirtschaftsseiten bürgerlicher Blätter taucht immer öfter das Gespenst des "Protektionismus" auf. Auch noch so schöne Worte können nicht verschleiern, daß die kapitalistische Welt auf einen Handelskrieg zutreibt. Schon jetzt gibt es keinen echten Freihandel mehr. Unter dem Druck einzelner Gruppen von Kapitalisten haben Italien, Dänemark, Frankreich und die USA schon Einfuhrbeschränkungen für gewisse Waren verordnet.

Auch optimistische Verlautbarungen können nicht mehr die Ohnmacht der Regierungen verdecken. Es wird höchste Zeit, das kapitalistische Wirtschaftschaos durch eine sinnvoll geplante Wirtschaftsordnung auf internationaler Ebene unter der Herrschaft der Arbeiterbewegung zu ersetzen. ■

BÜRGERKRIEG IN NICARAGUA

Die seit Januar immer wieder aufflammenden Unruhen im mittelamerikanischen Staat Nicaragua deuten auf ein baldiges Ende der Gewaltherrschaft des Diktators Somoza hin. Der Familienclan Somoza wurde vor über 45 Jahren als Marionette des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA an die Macht gebracht und nutzte diese Position seither, um das ganze Land auszuplündern.

Der neueste Aufstand hatte als Ausgangspunkt die spektakuläre und erfolgreiche Befreiungsaktion von 53 politischen Gefangenen durch die Guerillabewegung "Sandinistas". Wie verhaßt die Somoza-Diktatur ist, zeigte sich daran, daß die Guerilleros auf dem Wege zum Flughafen von Tausenden mit Beifall verabschiedet wurden.

In mehreren Städten ist der Bürgerkrieg zwischen der Nationalgarde und bewaffneten Arbeitern, Bauern, Schülern und Studenten ausgebrochen. Selbst der Verband der Unternehmer hat zum Generalstreik für den Sturz der Somoza-Diktatur aufgerufen.

Doch werden sich diese Unternehmer nicht verrechnen? Der Sturz der Somozas könnte nämlich sehr wohl zum Sturz des Kapitalismus und Großgrundbesitzes in Nicaragua insgesamt führen und die Unternehmer am Ende ihren Streikaufruf an die Arbeiter bitter bereuen lassen. ... ■

SCHICHTARBEIT MIT FOLGEN

EHER 6 RICHTIGE IM LOTTO

... ALS FÜR SCHWERBESCHÄDIGTE ARBEIT FINDEN

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über die Schließung der Remscheider Firma GEBRÜDER ARNS. Hier berichtet nun ein als Schwerbeschädigter von der Pleite besonders betroffener Kollege über seine Erfahrungen:

Als wir am Montag früh erfuhren, daß der Ofen aus ist, war es mir, als ob ein Hammer auf meinen Kopf fällt. Ich hatte als Pfortner am Sonntagabend noch die Nachtschicht begonnen. Um halb sechs Uhr morgens erfuhr ich dann das ganze. Noch am Freitag zuvor hatte es geheißt: Es wird weitergearbeitet. Gestern traf ich einen anderen schwerbeschädigten Kollegen. Er ist gelernter Anstreicher und darf in seinem Beruf nicht mehr arbeiten. Jetzt bekommt er 175 DM Stempelgeld die Woche. Er hat ein Kind. Die Aussichten sind gleich null. Es ist wie im Lotto, nein, eher hat man 6 Richtige im Lotto als das man als Schwerbeschädigter Arbeit findet.

Die Firma hat an uns noch doppelt verdient. Sie kriegt vom Staat Tausende Mark für die Anstellung von Schwerbeschädigten. Und als Pfortner hatten wir 6,80,- brutto Stundenlohn. Ich glaube fast wir waren die am schlechtesten bezahlten Pfortner in ganz Deutschland. Nur durch Nachtschichtzulagen und Überstunden haben wir überhaupt was verdient. Vor allem die Frühschicht von 6 bis 14 Uhr war eine harte Arbeit: Telefon, Besucher empfangen, ich mußte noch extra für 160 Mann die Stempelkarten ausfüllen, weil meine beiden Hände noch ganz sind. Für die Arbeit am Sonntag gab es wohl 70% Zulage, aber das meiste wird wieder von der Steuer aufgeessen. An Weihnachten mußte ich auch immer arbeiten. Oft habe ich auch Doppelschichten gemacht, wenn ein Kollege nicht konnte. Meistens kam ich im Monat auf 30 Arbeitstage. Und das alles für 1500 bis 1600 DM netto.

Auf dem Arbeitsamt wurde ich sofort gefragt: "Kommen Sie von der Pleitefirma?" "Jetzt zahlen die mir 226 DM pro Woche, davon kannst Du keine Familie ernähren. Wir müssen uns jetzt am Riemen reißen und die Ersparnisse und Notgroschen mit aufbrauchen. Wenn das jetzt hinhaut bis Jahresende ist es gut. Immerhin ist unsere neue Wohnzimmergarnitur zum Glück voll bezahlt."

Ein Kollege, dem die rechte Hand fehlt, hat für 20.000 DM Möbel angeschafft und bisher monatlich 350 DM dafür abbezahlt. Jetzt kriegt ein paar Mark Stempelgeld. Sie holen ihm jetzt garantiert die Möbel raus.

Ich finde auch, die Gewerkschaft hat bei unserer Firmenpleite den Schwanz eingezogen. Warum, daß ist die Frage. Aufträge waren genug da. Das einzige, was die machte, war ein Brief an die Kollegen. Darin hieß es so ungefähr: "Wir haben gehört, die Firma ist pleite, bitte gebt uns deshalb die Vollmacht zur Abbuchung der Beiträge per Bankeinzug. Die haben nur an ihre Kasse gedacht, nicht an die Arbeiter."

Ich glaube, noch mindestens ein Drittel der Belegschaft ist arbeitslos, vor allem ältere Arbeiter und ausländische Kollegen. Ich sehe ab und zu zwei ältere Schlosser, die sich jeden Morgen in der Stadt im Tchibo treffen. Wo soll der eine Kollege mit 57 Jahren noch Arbeit kriegen?

Adolf Carnielo

Als ich vor einiger Zeit in der Firma Thyssen (Remscheid) gearbeitet habe, da hatten wir zu erst drei Schichten gefahren. Frühschicht von 6 bis 14 Uhr, Spätschicht von 14 bis 23 Uhr, Nachtschicht von 22 bis 6 Uhr. Das war in einer Schmiederei, dort kamen dann wesentliche Faktoren zusammen, die mit Gewißheit versprechen, daß man Frührentner wird. Da gab es körperliche Schwerstarbeit, oft unerträgliche Hitze, es war sehr laut durch die riesigen Dampfhammer, die Luft war schlecht, Akkordarbeit und um das Letzte von jedem Arbeiter herauszuholen, schließlich noch Schichtarbeit. Unter solchen Bedingungen kommt es doch zwangsläufig dazu, daß die Kollegen öfters krank sind und nicht arbeiten können. Innerhalb einer kurzen Zeitspanne fühlt man sich total ausgelaugt und man verliert das Interesse an vielen Dingen. Man interessiert selbst nicht für die Dinge, die für die Kollegen wichtig sind. Nehmen wir mal ein Beispiel: die Gewerkschaften.

In solchen Betrieben wie Thyssen muß jeder Kollege in der Gewerkschaft sein, beziehungsweise neu eintreten, wenn er neu eingestellt wird. Im Prinzip ist nichts dagegen einzuwenden, aber auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß man meint, man bezahlt nur seinen Beitrag und sonst nichts. Einer der Gründe, warum das so ist, ist die totale Überlastung bei der Wechselschicht. Die Unternehmer haben somit zwei Fliegen mit einer Klappe geschla-

gen. Erstens beuten sie den Arbeiter bis zum Letzten aus. Zweitens sind die Kollegen froh, nach Feierabend sich in den Sessel setzen zu können, um sich von dem Arbeitsstress zu erholen. Dann denken die Kollegen zwar noch, was das für eine Ausbeutung in der Firma ist, aber man hat jede Energie verbraucht, um was dagegen zu unternehmen.

Außerdem hat die Schichtarbeit zur Folge, das bei den Kollegen noch große soziale, familiäre und gesundheitliche Probleme auftreten. Nehmen wir zuerst einmal das soziale Problem. Es kann sich wohl jeder vorstellen, daß bei Schichtarbeit das familiäre Leben nicht so funktioniert wie bei einer Familie, die nur Frühschicht macht. Die Scheidungsrate bei den Schichtarbeitern ist doppelt so hoch wie bei "normalen" Ehen. Wenn die Kollegen nach der Spätschicht nach Hause kommen (das ist so zwischen 23.00 und 24.00 Uhr), können sie sich nicht mehr mit ihrer Frau unterhalten, weil die meistens schon schläft. Die tägliche Hausarbeit schlaucht auch ganz schön. Bei vielen verheirateten ausländischen Kollegen ist es so, daß die Ehefrau neben der täglichen Hausarbeit auch noch in die Fabrik geht. Es ist nicht selten, daß die Frauen in der Fabrik auch noch in Wechselschicht stehen. Für die Frauen ist es jedoch verboten Nachtschicht zu machen. Zumindest in den Fabriken. Wenn jetzt zum Beispiel der Mann Früh- und die Frau Spätschicht hat, dann sieht man sich noch höchstens

abends für eine Stunde. Hat z. B. solch eine Familie noch ein Kind, so hat dies am meisten unter solchen Bedingungen zu leiden. Das Kind sieht die Eltern praktisch nur noch am Wochenende zusammen. Das hat natürlich auch großen Einfluß auf die Erziehung des Kindes, auf die Schule und vieles andere mehr. Dies alles honorieren die "gütigen" Unternehmer mit einer Schichtzulage. Selbst die würde es nicht geben, hätten nicht die Gewerkschaften dafür gekämpft.

Kommen wir jetzt zu den gesundheitlichen Schäden, die von der Wechselschicht ausgehen. Der menschliche Körper ist auf Tagesbetrieb eingestellt. Insofern kann sich der Mensch nur teilweise an die verschiedenen Schichten anpassen, d. h. höchstens nur Früh- und Spätschicht. Und Früh- und Spätschicht braucht auch nicht zu sein, denn damit wollen die Kapitalisten nur ihren Profit erhöhen, doch dazu kommen wir gleich. Die schwerste der drei Schichten ist die Nachtschicht. Hierbei passieren auch die meisten Unfälle. Man kann sich bei der Nachtschicht nur unter den größten Anstrengungen wach halten. Außerdem trinkt man, um einigermaßen wach zu bleiben, große Mengen Kaffee. Das belastet auf die Dauer den Kreislauf, Magengeschwüre treten bei Kollegen, die Nachtschicht fahren 8 mal häufiger auf als bei anderen Kollegen. Das ist eine traurige Bilanz, die die Kollegen bei Wechselschicht und vor allem bei Nachtschicht in Kauf nehmen müssen. Jetzt stellt sich die Frage "wa-

rum das alles?" Das erfüllt doch nur den Zweck, den Profit der Unternehmer zu vergrößern. Bei ihnen steht nur die größtmögliche Auslastung ihrer Maschinen im Vordergrund. Wie es den Menschen geht, die die Maschinen bedienen, interessiert sie nicht. Durch die Einführung der Schichtarbeit konnten die Unternehmer die Produktion und damit die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft steigern. Solange wir uns nicht dagegen wehren, machen wir nur die Unternehmer reicher und uns noch mehr kaputt. Aber so muß es nicht bleiben und so darf es auch nicht bleiben. Warum sollen 26 Millionen Arbeiter ihr Leben von wenigen Hundert Kapitalisten bestimmen lassen?

Es ist unbedingt notwendig, als erstes die Nachtschicht abzubauen. Ebenso die Spätschicht. Es bleibt also nur noch die Frühschicht. Die Frühschicht braucht keine Frühschicht mehr zu sein, denn man kann ja auch von 8 Uhr bis 15 Uhr arbeiten. Um dies zu erreichen, gibt es mehrere Möglichkeiten. Arbeitszeitverkürzung mehr Urlaub, Akkordverbot. Einen gesicherten Mindestlohn von 1400 DM netto müßten wir auch haben. Dies alles können wir nur erreichen, wenn wir das Profitsystem der Unternehmer abschaffen. Nicht die Maschine soll im Mittelpunkt der Produktion stehen, sondern der Mensch. Nur auf der Grundlage der Planwirtschaft sind diese Forderungen zu erfüllen. ■

Andreas Baumgarten
Mitglied der IG Metall

IRIS CIRKEL
SPD-Ortsverein
Köln Mitte

DER STOLLWERCK-SKANDAL

Kein Parteiausschluss-Verfahren in Köln!

Gegen drei Kölner Jusos, die Genossen Henseler, Meuthen und Rössel, wurden SPD-Parteiverfahren verhängt, weil sie entschlossen daran gingen, den Fall (oder Aufstieg und Verfall?) der Kölner Schokoladenfabrik Stollwerck an die Öffentlichkeit zu bringen. Im Laufe des letzten Jahres arbeiteten sie mit dem Kölner "Volksblatt" und BISA, der Bürgerinitiative Südliche Altstadt (wo sich die ehemalige Fabrik befand und wo jetzt nur leeres Betriebsgelände steht) zusammen, haben die Sache gründlich erforscht und brachten schließlich eine kritische Dokumentation über die Geschichte der Fabrik und ihrer Verflechtung mit der Stadt Köln heraus.

Personalabbau

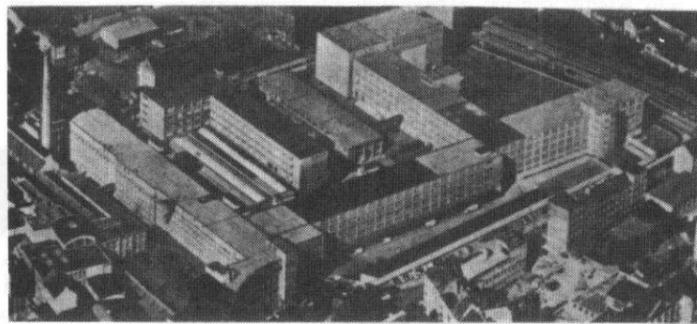
Für die Genossen geht es sicherlich nicht darum, die SPD in den Dreck zu ziehen - sie haben zusammen mit BISA weitgehend die Unterstützung der betroffenen Bevölkerung - sondern die Fehler der Vergangenheit öffentlich zu erkennen, um abzusichern, daß Ähnliches in Zukunft nicht mehr passiert. Außerdem hat jeder Bürger das Recht, zu wissen, was die Stadt in seinem Namen und mit seinen Steuergeldern macht.

Aber jetzt zurück zur Geschichte... Anfang dieser 70er Jahre wurde ein gewisser Herr Imhoff, Schokoladen- und Süßwarenfabrikant, neuer Besitzer des Betriebs. Aber kaum hatte er Stollwerck in seinen Händen, wollte er den Betrieb schon wieder abstoßen aus Profitgründen. Bereits 1972 bot er das Grundstück und Gelände der Stadt Köln für zwischen DM. 70 und 100 Mio. (der geschätzte Wert lag bei 5,5 Mio!!!) an. Der endgültige Verkauf des Unternehmens erfolgte

aber erst Mitte Dezember 1975 - und nicht an die Stadt Köln, sondern an einen anderen Firmenbesitzer in seiner eigenen Unternehmensgruppe (also es blieb in eigenem Besitz), für den etwas "niedrigeren" Preis von DM. 25 Mio. Inzwischen wurde aber heftig rationalisiert und hierzu ein Paar Zahlen: Stollwerck hatte immer zwischen 2.000 und 3.000 Kölner Arbeiter -innen beschäftigt - zu Spitzenzeiten wie z. B. 1960 waren es 3.000, 1971 2.139, 1973 1.320 bis die Belegschaft im Jahre der Verlegung der Fabrik nach Köln-Porz (1975) auf 705 zusammenge schrumpft war. Allein im Jahre 1973 gingen die Lohnkosten von DM. 28,9 Mio. auf 24,4 Mio. zurück.

Öffentliche Gelder

Diese ständige Rationalisierung (wo auch Entlassungen ohne Sozialplan trotz Betriebsrat erfolgten) wurde dann der Stadt Köln zu viel, und nach jahrelangen Verhandlungen mit dem Stollwerck-Aufsichtsvorstand, schloß sie Anfang 1975 einen Verlegungsvertrag, der den "Umzug" des Betriebes auf die andere Rheinseite vorsah. Für die Stadt ging es lediglich darum, 700 Arbeitsplätze zu "retten", weil die Stollwerck-Geschäftsleitung nämlich mit totaler Firmenschließung gedroht hatte. Für die Beschäftigten selbst war absolut nichts drin - selbst nach dem zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat abgeschlossenen Vertrag verlor jeder Arbeiter, der das Angebot weiterer Beschäftigung auf der anderen Rheinseite ablehnte, Anspruch auf Kündigungsgeld! Wenn man sieht, wieviel öffentliches Geld die Stadt dem



Unternehmen geschenkt hat (insgesamt vom Bund und Land waren es DM. 75,5 Mio.) und was von der Belegschaft heute noch übrig bleibt (in Juli 1977 gab es laut offiziellem Geschäftsbericht ca. 165 Stammarbeiter ausschließlich Saisonkräfte) so muß man sich fragen, warum hat die Stadt das Unternehmen nicht enteignet? Angesichts der ständigen Austrickserei wäre dies doch die beste Lösung gewesen. Allerdings auch heute ist es nicht zu spät für einen solchen Schritt und je schneller, umso besser - vor allem für die Beschäftigten. Heute sind die Arbeitsbedingungen gekennzeichnet durch die ständige Arbeitsintensivierung, was zu Eigenkündigungen führt, durch abwechselnde Kurzarbeit und Überstunden, Neueinstellungen von Teilzeitkräften (überwiegend Frauen), und Aufkündigung der Schichtzulagen (d. h. Lohnsenkung). Unmittelbar nach dem Umzug verdienten Teilzeitarbeiterinnen nur DM. 6,- pro Stunde. Kein Wunder, daß laut offiziellen Stollwerck-Mitteilungen die Pro-Kopf-Leistung im Jahre 1976 um sage und schreibe 64 % gestiegen war und die Lohnkosten für das Jahr 1977 schon wieder um 10 % gesunken waren. .. kein Wunder übrigens auch, daß es sich Stollwerck leisten kann, momentan den Süßwarenmarkt mit billiger Tafelschokolade zu über-

schwimmen ... überall hier in den Kölner Supermärkten und Großkaufhäusern gibt eine Tafel Schokolade für 89 Pfennig!!

Bei dieser Geschichte geht es uns um zwei Dinge: wie die städtischen Behörden der Willkür der privaten Betriebsbesitzer in diesem Wirtschaftssystem ausgesetzt sind, wenn sie keine knallharte Politik im Interesse der Bevölkerung d. h. Arbeiter- und Angestelltenfamilien betreiben ... und zweitens, um das Verhalten der eigenen Partei. Erst September 1977 wurde die Kölner SPD durch einen Antrag des Ortsvereines Altstadt-Süd gezwungen, öffentlich Stellung zu nehmen. Daher müssen wir fordern:

- daß die Parteiverfahren gegen die 3 Genossen sofort eingestellt werden!
- daß die Kölner SPD, insbesondere ihre Vertreter im Stadtrat ihr Schweigen beendet und alle Beziehungen zur Stollwerck-Geschäftsleitung ab sofort abbrechen und
- daß die Stadt Köln die Fabrik und die gesamte Leitung unmittelbar und entschädigungslos in Gemeineigentum übernimmt, damit die Arbeitsplätze tatsächlich behalten werden und daß die Beschäftigten dort endlich mal Schluß mit den oben genannten Arbeitsbedingungen machen können. ■

VORAN

DIE „GRÜNEN“ - KEINE ALTERNATIVE FÜR SOZIALISTEN

Der berechtigten Protestbewegung der "Grünen", die hauptsächlich durch Aktivisten aus den Mittelschichten und dem Kleinbürgertum getragen wird, wird es unmöglich sein, zwischen den beiden großen gesellschaftlichen Klassen zu stehen. Sie wird sich entscheiden müssen: Mit der Arbeiterbewegung oder mit dem Kapital. Das chaotische Bild, das die "Grünen" gerade angesichts der Fragen zeigen, mit wem man sich verbünden könnte, ist der beste Ausdruck für die Schwierigkeit dieser Bewegung, aus eigener Kraft heraus etwas auf die Beine zu stellen. Die Schichten des Mittelstandes und des Kleinbürgertums umfassen die unterschiedlichsten politischen Strömungen. Diese Buntheit in der Zusammensetzung spiegelt sich nicht zuletzt in der breiten Palette der grünen Gruppchen wieder:

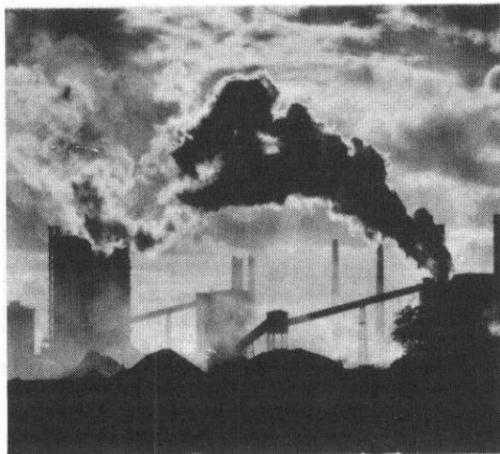
- Grüne Liste Umweltschutz
- Grüne Liste Hessen (Vereinigung)
- Grüne Aktion Zukunft
- Bunte Listen
- Bürgerinitiative für Umweltschutz und Demokratie

Falls der Vorsitzende der Steuergewerkschaft, Fredersdorf, noch seine Steuerpartei, die vornehmlich die Mittelschichten steuerlich entlasten soll, gründet, fiele sie auch in diese Kategorie.

Ihre Zersplitterung sowie ihr Mangel an einem allgemeinpolitischen Programm wird die "Grünen" immer daran hindern, eine entscheidende Rolle zu spielen. Die einzige Gemeinsamkeit all dieser Gruppchen ist die Forderung, wirtschaftliche und politische Entscheidungen von dem Kriterium der "Nichtbelastung für die Umwelt" abhängig zu machen. Anders ausgedrückt: Ökologie vor Ökonomie d. h. Umwelt vor Wirtschaftlichkeit.

Dieses Patentrezept geht davon aus, daß es garnicht darauf ankommt, wie eine Gesellschaft produziert, ob kapitalistisch sozialistisch oder sonstwie. Es genüge, bei der Neuan siedelung von Fabriken darauf zu achten, daß die notwendigen Auflagen für den Umweltschutz eingehalten werden. Aber wer soll deren Einhaltung kontrollieren? Die Unternehmer selbst, der Staat oder die Arbeiter? Es reicht aus, diese Fragen so zu stellen, um die Achillesferse der "Grünen" zu entdecken. Aber selbst diese Forderung würde kon-

sequenterweise weitreichende Einschnitte in das Eigentumsrecht notwendig machen. Denn ein auf Absatzchancen und Profit achtender Unternehmer wird die Umwelt ebenso hinten anstellen wie Gesundheit und Wohlbefinden seiner Arbeiter. Doch auf Bedrohung ihres Eigentums reagieren Unternehmer meistens sehr allergisch. Die Arbeiterklasse hat dies in einem leidvollen über hundert Jahre dauernden Kampf erfahren. Die Losung "Ökologie vor Ökonomie" ist unüberlegt und kurzsichtig und wirft ein enthüllendes Bild auf die Gruppen, die sie sich erdachten.



Es ist gerade die Ökonomie, der kapitalistische Produktionsprozeß, der immer wieder die menschenbedrohenden Kräfte freisetzt. Dies kann man nicht verhindern, indem man einige Fabriken oder sonstige Anlagen, in denen sich der Kapitalismus vergegenständlicht, verbietet oder umplant. Der Kapitalismus ist keine Sache, sondern er bezeichnet ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis (d. h. die Art und Weise, wie produziert wird, nach welchen Gesichtspunkten produziert wird ("Gewinnmaximierung"), wer sich die produzierten Güter aneignet (privat) und über ihre Verteilung bestimmt) erzeugt immer wieder die katastrophalen Mißstände, die dem Kapitalismus eigen sind.

Im Vordergrund muß stets die Forderung nach einer geplanten Wirtschaft stehen. Erst auf der Grundlage einer verstaatlichten

Wirtschaft unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung kann auch eine vernünftige Umweltpolitik durchgeführt werden.

Die "Grünen" verdanken ihren heutigen Zulauf (und ihre Überbewertung) der Tatsache, daß die deutsche Arbeiterbewegung gerade erst langsam erwacht und noch nicht ernsthaft den Kampf für eine gesellschaftliche Alternative aufgenommen hat. Die ökologischen Probleme können aber erst dann grundlegend gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat und den Wirtschaftsaufbau planen kann. Jeder andere Weg als dieser ist Flickschusterei, führt in die Irre und ist zum Scheitern verurteilt.

Die "Grünen" haben sich einen großen Verdienst erworben, indem sie auf die katastrophale Bedrohung der Umwelt hingewiesen haben. Sie könnten jedoch sich selbst, der Arbeiterklasse und der gesamten Menschheit keinen größeren Dienst erweisen, als wenn sie sich den großen Organisationen der Arbeiterklasse anschließen würden, um dort für die Durchsetzung ihres Programms im Rahmen einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen. Natürlich ist dies kein einfacher Weg - aber es ist der einzige erfolgversprechende! Durch anfängliche Rückschläge und Mißerfolge darf man sich nicht entmutigen lassen.

Der Erfolg der "Grünen" bei den letzten Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen ist nur vor dem Hintergrund der größten kapitalistischen Krise zu erklären, die wir derzeit erleben.

5,6 Millionen Arbeitslose in den EG-Staaten, die Ausradierung ganzer Berufsgruppen, Rationalisierung und Steuerentlastungen für besser Verdienende bestimmen die wirtschaftspolitische Situation. Kein Wunder, daß bei den düsteren Aussichten, die der Kapitalismus den Menschen bietet, sich die Arbeiterklasse zur Wehr setzt und der Klassenkampf wieder schärfere Konturen annimmt. So war die letzte Tarifrunde nur ein Vorspiel für die kommenden Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital. Schon längst wird in den Parteien des Kapitals, CDU/CSU, darüber gestritten, mit welcher Strategie man der erwachenden Arbeiterbewegung begegnen soll. Besonders die CSU (Strauß) will das Partei-

engefüge lockern und setzt ihre Hoffnungen unter anderem auf eine "Vierte Partei". Es zeigt sich, wie eng die Krise des Kapitalismus mit der Krise des parlamentarischen Systems verbunden ist. Beginnende politische Instabilität, die Bewegung in der Parteienlandschaft, ist letzten Endes das Ergebnis des Kampfes zwischen den zwei Polen unserer Gesellschaft: Arbeiterklasse und Kapitalisten.

Der Kampf um eine bessere Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit, Hunger und Unterdrückung und um eine menschenfreundlichere Umwelt wird zwischen diesen beiden Klassen ausgetragen werden. Selbstverständlich erfaßt die kapitalistische Krise nicht nur die Arbeiter und Unternehmer, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche und Gruppen, auch den Mittelstand und das Kleinbürgertum. Die rasche Mobilisierung dieser Schichten gegen den Bau von KKW's zeigt, wie sehr die Unzufriedenheit in der Bevölkerung bereits um sich gegriffen hat. Sie ist der Ausdruck, die äußere Erscheinung für die ablehnende Haltung gegenüber den "kapitalistischen Wachstumsideologien". Doch gerade hier haben es der DGB und die SPD versäumt, mit klaren Perspektiven einen Ausweg aus diesem Wirtschaftssystem mit seinen verheerenden Folgen zu zeigen. Nachdem im letzten November SPD und Gewerkschaften grünes Licht für die Atomenergie gegeben hatten, schien vor allem für alle diejenigen, die außerhalb der Arbeiterbewegung stehen, als ob keine Organisation ihre berechtigten Anliegen aufgreifen wolle. So versuchten sie, sich auf eigene Füße zu stellen. Ihr Unmut machte sich zuerst in Demonstrationen Luft. Doch schnell sah man ein, daß reine Aktionen zu nichts führen. Nur auf der Grundlage eines politischen Programms konnte die langsam versandende Bewegung der "Grünen" fortbestehen. Doch gerade die turbulenten, zuweilen hilflos anmutenden Auseinandersetzungen um dieses Programm der "Grünen" läßt Zweifel darüber zu, welche Rolle sie in der Politik als "Unabhängige" spielen können. ■

Ingolf Becker

SPD WÄHLEN ALLEIN GENÜGT NICHT!

Fortsetzung von Seite 2

• Obwohl die SPD-Führung in öffentlichen Erklärungen längst von der Praxis der Berufsverbote abgerückt ist, werden im sozialliberal regierten Hessen weiterhin Berufsverbote verhängt.

• Im Bildungsbereich, dem Paradeferd sozialdemokratischer Reformpolitik, werden immer mehr Reformen verlangsamt oder sogar zurückgenommen. Das fängt an bei der Gesamtschulpolitik, Rahmenrichtlinien, dem Fach Gesellschaftslehre, und hört auf bei Angriffen auf die Mitbestimmungsrechte der Personalräte an den Schulen.

All diese Probleme erfordern dringend eine Lösung, aber halbherziges Taktieren, Zurückweichen vor dem politischen Angriffen des Kapitals und seiner Sprecher wird keine Wähler anlocken, sondern allenfalls Wähler verprellen...

WELCHE ANTWORTEN GIBT NUN DAS REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD ?

Regierungsprogramm

Es wird zwar gesagt, daß bis 1985 ca. 100.000 Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, aber über die politischen Maßnahmen dazu sagt das Programm nur: Notwendig seien eine autonehmend abgestimmte Wirtschafts-, Haushalts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik.

Glaubt die SPD-Führung in Hessen tatsächlich, daß im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch nur ein Unternehmer gezwungen werden kann, Arbeitsplätze zu schaffen ?

Hier liegt die Hauptschwäche des gesamten Programms. Die SPD will die anstehenden gewaltigen Probleme mit den innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegebenen "Mitteln" lösen. Und diese "Mit-

tel" sind absolut unzureichend. Notwendig wäre eine marxistische Analyse der gegenwärtigen Krise und sozialistische Maßnahmen, auf deren Grundlage erst wieder Reformen im Interesse der arbeitenden und lernenden Bevölkerung möglich wären.

Sucht man nach konkreten Antworten auf die Fragen, die die arbeitende Bevölkerung und die Jugend bewegen, so wird man leider nur allgemeine Absichtserklärungen finden, manche Probleme werden sogar beschönigt oder umgebogen. So wird die "Weltwirtschaftskrise" beschworen, wird gesagt, daß es außerhalb Hessens und der BRD ja noch schlimmer sei, ohne dem Wähler zu erklären, daß die Weltwirtschaftskrise nicht vom Himmel gefallen ist, sondern maßgeblich von dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem zu verantworten ist.

Perspektiven

Die vergangenen Wahlen, vor allem die hessischen Kommunalwahlen 1977, haben gezeigt, daß die Verluste der SPD nicht darauf zurückzuführen sind, daß SPD-Wähler massenhaft zur CDU übergelaufen sind, sondern die Erklärung liegt in der Wahlenthaltung breiter Wählerschichten. Gerade Arbeiter werden in der Regel nicht die CDU oder FDP wählen, sondern ihre Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik der SPD durch Stimmenthaltung zum Ausdruck bringen. Wie können nun diese Wähler zurückgewonnen werden und wie kann die CDU von der politischen Macht ferngehalten werden? Nicht durch eine Politik des Nachgebens gegenüber den Angriffen der Vertreter des Kapitals und Eingehen auf deren Interessen wie in der Frage des Umweltschutzes oder der Ausspeerrung, sondern nur durch Mobilisierung der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder für eine sozialistische Politik:

• für eine arbeitsplatzschaffende Strukturpolitik auf der Grundlage der Verstaatlichung der großen Industriebetriebe und Banken unter Arbeiterkontrolle.

• für eine gesicherte Berufsausbildung für jeden Schulabgänger.

• für einen gesicherten Arbeitsplatz für alle oder vollen Lohnausgleich.

• für den Schutz unserer natürlichen Umwelt durch Entwicklung und Ausbau umweltfreundlicher Energiequellen; kein Atomkraftwerk oder Zwischenlager in Borken und auch nicht anderswo.

• für freie politische Betätigung in Schule und Betrieb.

marxisten in der SPD müssen sich in diesem Wahlkampf für die SPD einsetzen, weil sie die einzige Partei ist, über die die Forderungen der Arbeiterklasse letztlich durchgesetzt werden können.

Sie müssen darauf hinarbeiten, daß die SPD mehrheitlich ein echtes sozialistisches Programm auf die Tagesordnung setzt. Es reicht also nicht aus, die SPD zu wählen, sondern jeder aktive Gewerkschafter ist aufgerufen, in die SPD einzutreten und auf marxistischer Grundlage innerhalb der SPD für die Verwirklichung der alten und jetzt wieder brandaktuellen sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung zu kämpfen. ■

VON EINEM SPD-FUNKTIONÄR IN NORDHESSEN

ABONNIERT VORAN

• ICH MÖCHTE "VORAN" ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H. G. Oringer, Postscheckamt Essen, Nr. 178-70-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

• ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75